

1-2/95

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

5-2026

Spendenempfehlung: 4,00 €

Ausgabe Juli–August 2026

Redaktionsnotiz.....	3
<i>Reiner Kotulla</i> : Wenn der Russe kommt.....	3
Zum Ukraine-Krieg.....	4
<i>Katharina Johanson</i> : Vom Charakter des Krieges in der Ukraine am Vorabend des 85. Jahrestages des Überfalls des deut- schen Imperialismus auf die Sowjetunion.....	4
Kuba.....	12

<i>Redaktion offen-siv: Vorbemerkung</i>	12
<i>C.J. Atkins: Sozialismus unter Belagerung: Cuba lässt sich auf Notlagenreformen ein, um zu überleben</i>	12
<i>Diaz-Canel: Rede vor dem Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kubas</i>	19
<i>Deutschlandfunk, 22.7.2026: USA schicken trotz diplomatischer Spannungen Hilfsmittel nach Kuba</i>	38
<i>Nachrichtenagentur Reuters: USA schicken Hilfsflug nach Kuba</i>	38
<i>Redaktion offen-siv: Zuckerbrot und Peitsche</i>	39
Über die sozialen Verhältnisse in England.....	39
<i>Heinz Ahlreip: An erster Stelle stehen die Arbeiterkinder</i>	39
Imperialismus und ideologischer Kampf.....	57
<i>Heinz Ahlreip: Die imperialistische Konterrevolution muss die materialistische Dialektik beiseiteschieben</i>	57
Dokumentiert: Thesen zur Betriebsarbeit.....	60
<i>Kommunistische Gruppe Leipzig: Jeder Betrieb muss unsere Festung sein – Thesen zur Betriebsarbeit und der Notwendigkeit von Betriebszellen</i>	60
Aufrüstungspläne des deutschen Imperialismus.....	66
<i>Reiner Kotulla: Weil Aufrüstung nicht nur reich macht</i>	66

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: foffensiv@aol.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Die imperialistischen Widersprüche verschärfen sich in rasendem Tempo. Dadurch gibt es dermaßen viele Themen zu bearbeiten, dass wir nicht hinterherkommen. Für dieses Heft war eigentlich eine ökonomische, politische und militärische Analyse Israels geplant. Es sind aber so viele andere Baustellen vorhanden, dass wir uns entschieden haben, das Thema Israel auf das nächste oder übernächste Heft zu verschieben.

In diesem Heft findet Ihr eine interessante Arbeit zum Ukrainekrieg, zwei ausführliche Arbeiten mit zum Teil anderem Blick auf die geplanten Entwicklungen in Kuba als dem unsrigen - eine stammt vom kubanischen Präsidenten Diaz-Canel, die zweite von dem Journalisten C.J. Atkins, eine Analyse der sozialen Verhältnisse in England, Thesen zur Betriebsarbeit in Deutschland, eine Übersicht über die deutsche Rüstungsindustrie und ganz zu Beginn eine kurze Glosse über die Behauptung des Herrn März, dass Deutschland sich „wieder“ verteidigen müssen.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Wenn der Russe kommt

Bei einem Bürgerdialog im Hochsauerlandkreis erklärte Merz im Oktober letzten Jahres, Putin sei aggressiv gegen viele Länder in Europa und „wir“, also „wir Deutschen“, „werden uns wieder verteidigen müssen!“ Ihr habt richtig

gelesen: „wieder“! So wie '45, als wir unser Berlin vor den Russen verteidigen mussten. (*OAZ*, 19. bis 25. Juni 2026, S. 18, dankend übernommen aus: *Rotmail Sonneberg*, Nr. 233, Juni/Juli 2026)

Zum Ukraine-Krieg

Katharina Johanson: Vom Charakter des Krieges in der Ukraine am Vorabend des 85. Jahrestages des Überfalls des deutschen Imperialismus auf die Sowjetunion

Zur Beschreibung dieses Krieges in der Ukraine nehmen die meisten Publizisten Partei mal für die eine und andermal für die andere Seite der kriegführenden Mächte. Diese Stellungnahme verwundert nicht, wenn sie von einem Lakaien der Kriegsgewinnler kommt, aber wenn Linke beziehungsweise sich links nennende Publizisten derlei Position beziehen, fragt man sich schon, was das soll. Der Krieg in der Ukraine ist doch kein Volkskrieg und auch kein Befreiungskrieg, sondern ein imperialistischer Raubkrieg. Es geht um Bodenschätze, Absatzmärkte und nicht zuletzt darum, die eigene menschenverachtende Ideologie an den Mann zu bringen. Keine der beiden Mächte hat hehre Ziele etwa im Sinne der humanistischen Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Sie betreiben eiskalt das Geschäft kapitalistischer Unternehmer. Deshalb wird dieser Krieg auch nicht enden, bevor nicht die letzte Patrone verschossen, der letzte Mann gefallen, das Land nicht restlos verwüstet und ausgeblutet ist. Kriege erschöpfen sich auch, wie zum Beispiel der dreißigjährige Krieg, welcher erst endete, als nichts mehr zu holen war in den umkämpften Gegenden.

Gewiss mag einer jetzt einwenden, das Beispiel sei zu weit hergeholt. Nur stehen wir heutzutage nicht vor dem gleichen Dilemma wie dazumal am Ausgang des Mittelalters? Als die herrschende Klasse nur so strotzte vor Dekadenz, die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung ein Höchstmaß erreicht hatte, die Bildung bis zur Verblödung herabgewürdigt war und fortschrittliche, widerständige Ideen mit purer Gewalt niedergehalten wurden?

Da war es eigentlich an der Zeit, das König- und Fürstentum abzulösen und frische Kräfte an die Macht zu bringen. Nur duldeten die alten Geister den Aufstieg der jungen Bourgeoisie nicht, und statt nun zu weichen, führten sie Krieg! – einen dreißigjährigen Krieg, der uns in der historischen Betrachtung zumeist als Religionskrieg vorgeführt wird, jedoch von Anbeginn die Totenflecken der sterbenden Klasse an sich trug. Kurz vor Toresschluss wollte sich jeder Fürst ein noch größeres Stück der vom schwächelnden Rom abgeschlagenen Güter, Städte, Ländereien unter den Nagel reißen, während ihm die Religion völlig schnuppe war. Ein jeder Fürst neigte mal hierhin und mal dorthin, Hauptsache, es brächte ihm Steuerzahler und Landgewinn ein. Die Hausreligionen dieser Häupter wechselten je nach Tagesangebot. Gewiss hätte auch der Heilige Vater in Rom noch seinem Gelübde abgeschworen und sich offiziell verheiratet, wenn es ihm den sicheren Sieg über die abtrünnigen Fürsten eingebracht hätte. Nur so weit kam es nicht mehr. Allein das Volk wurde bis aufs Letzte geschröpft und sein Besitz bis zur völligen Nacktheit geschliffen.

Und damals wie heute litt die obere Klasse kaum unter dieser Barbarei, die die Söldner anzurichten hatten, bis die Städte entvölkert und die Dörfer verwaist waren und sich die Häupter anschickten, in Westfalen Frieden zu stiften, man möge die Waffen niederlegen und kultiviert miteinander verkehren, weil keiner mehr da war, um den Großkopfen die Taschen zu füllen.

Dem folgten relativ friedliche Zeiten, in denen sich das Bürgertum emanzipierte, die Ausbeutung seiner Arbeiter im eigenen Land perfektionierte und Europa sich wieder erholte, von einigen lokalen Zwistigkeiten mal ganz abgesehen. Im Wesentlichen ging es recht gemäßigt zu, indes das große Gemetzel nach Afrika, Asien, Australien und Amerika verlegt war.

In den Kolonien hausten die Weißen wie die Schweine, brandschatzten, folterten, mordeten hemmungslos, und brachten ihr europäisches Mutterland derart zu neuer Blüte, indem sie Rohstoffe in rauen Mengen heimholten, bis auch das nicht mehr reibungslos funktionierte. Weltweit wuchs der Widerstand gegen Ausbeutung und Krieg.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Karl Marx die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft entdeckt, hatten er und seine Mitstreiter den poli-

tischen Freiheitskampf der Völker zur Wissenschaft ausformuliert und den Ausweg aus diesem ewigen Morden aufgezeigt.

Seither sind wir in der Lage zu erkennen, dass Kriege aus der Bereicherungsabsicht der Ausbeuterklasse heraus geführt werden. Und so können wir auch wissen, dass Kriege auch zu verhindern sind, so wir uns entledigen dieser sozialen Gruppe aus Kriegshetzern und Waffenproduzenten, welche noch immer die Völker zur Schlachtbank führt. Denn ganz klar steht geschrieben und der historische Beweis ist erbracht: wo die Arbeiter unter der Führung der Kommunisten die Geschicke der Gesellschaft bestimmen, finden Mord und Totschlag, Plünderung und Erniedrigung keinen Raum, werden Völkerhass und Raffgier strengstens unterbunden, wie zum Beispiel in der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern. Aber sie sind ausgetreten von der Reaktion, gestorben an der Unaufmerksamkeit ihrer führenden Klasse, und sofort fuhr die Kapitalistenklasse ihre Militärmaschine wieder hoch und zündelte hier und zündelte da, bis wir jetzt schon wieder vor einem Weltbrand stehen.

Und auch hier mag jemand einwenden: »Geh mir weg mit Sozialismus! Der Sozialismus hat sich nicht bewährt und Klassenkampf war gestern.«

Nur haben wir nicht alle, auch die Arbeiter in Westdeutschland vom Sozialismus profitiert? Frieden war und ausreichend Nahrung und Heizung und mehr. Wir hatten nicht alles, aber viel.

Im Angesicht von Leichenbergen und Trümmern beschworen unsere Altvorden im fünfundvierziger Jahr den Frieden: »Lieber trocken Brot essen, als jemals wieder einen Krieg erleben müssen.« Selbst die Christdemokraten hatten sich in jenen Tagen Sozialismus ins Programm geschrieben, bis sie sich wieder den Verderbern und Demagogen anschlossen, weil bei denen das schnelle Geld zu holen war. Und sind nicht Lohnabbau, Schleifung der Altersrenten, Schließung von Krankenhäusern und Schulen auch Klassenkampf? Wie sich die Handlanger des Kapitals schinden, um den Arbeitern das Geld aus der Tasche zu ziehen, ist zweifellos Kampf. Und wie sich die Arbeiter bemühen das Wenige, was ihnen verbleibt, zusammenzuhalten, ist ebenso Kampf – Existenzkampf! Dieser Kampf vollzieht sich bei uns im Stillen, schleichend und sehr leise, und bringt täglich welche um ihre Wohnung, Lohn

und Brot. Die Wenigsten derer, die auf der Straße hausen, waren zu faul zum Arbeiten.

Natürlich gibt es auch jetzt eine Friedensbewegung, selbstredend gibt es Widerstand, wir Menschen wollen nicht vorzeitig und unter Qualen sterben oder in verwüsteten Landschaften leben. Aber der Frieden ist schwach, die Mächtigen verlachen ihn, weil unser Friedenswunsch, unsere Friedensgebete und unser Widerstand nicht an den Grundfesten ihrer Rüstung und Verblödungsstrategien rühren – weil wir Friedliebenden die Machtfrage nicht stellen!

Und solange wir die Machtfrage nicht stellen, werden wir auch nicht ernst genommen und können auch nichts erreichen. Erst wenn wir wieder begreifen und breit publizieren, dass Kapitalismus Krieg ist, seinem Wesen nach Krieg bedeutet, dass Kapitalismus ohne den Krieg nach innen gegen die eigenen Arbeiter und ohne den Krieg nach außen gegen andere Völker gar nicht leben kann, und erst wenn sich die Friedensbewegung den Kampf gegen die Kapitalisten ganz groß auf ihre Fahnen schreibt, werden wir auch wieder Erfolge verbuchen können.

In diesem Sinne hatten sich im Osten der Ukraine 2014 die Volksrepubliken Donezk und Lugansk formiert, um genau diesen latenten Krieg zu beenden. Der faschistische Putsch in Kiew hatte die Menschen aufgerührt und sie legten die Axt an des Übels Wurzel. Sie gaben sich eine sozialistische Verfassung, nationalisierten die Banken, Industriebetriebe, Bodenschätze sowie sämtliche öffentliche Einrichtungen und richteten sich menschenwürdig ein.

Die Kiewer Führung reagierte irritiert, kopflos, denn die Abtrennung des wirtschaftlich sehr starken Ostens von der übrigen Ukraine zeitigte den sicheren Ruin ihres Staatswesens und ihrer nach Westen gerichteten Strategie. Als reines Agrarland war die restliche Ukraine für die Intriganten aus Brüssel ziemlich wertlos, der mögliche Eintritt Kiews in die Europäische Union in weite Ferne gerückt. »Holt sie zurück!«, verlangten die Unterhändler der Europäischen Union. »Wir sind machtlos, schutzlos, ausgebrannt«, konstatierte die Kiewer Führung. Denn die Macher der Europäischen Union hatten in den vergangenen zwanzig Jahren dieses Land bis zur Gänze ausgenommen, Lebensmittel und Rohstoffe zu Dumpingpreisen herausgesaugt, Billigarbeitskräfte akquiriert und die Menschen mit Versprechungen hingehalten, sodass dem ge-

plagten Land durch die Verselbständigung des Donbass der völlige Untergang drohte.

Und auch die russischen Oligarchen hatten seit 1990, seit der staatlichen Autonomie der Ukraine nichts ausgelassen, die Ukrainer auf die Knie zu zwingen. Russische Gas- und Öllieferungen in die Ukraine wurden gestoppt und wieder aufgenommen, Zahlungen eingestellt und wieder realisiert. Das ukrainische Volk litt unter der schrecklichen Versorgungslage, dem Mangel an Heizung und den anderen Lebensmitteln und ließ sich dann sehr leicht verführen, folgte seinen faschistischen Rädelsführern und zerstörte seine sowjetischen Denkmale, entfernte die russische Literatur aus seinen Bibliotheken und Schulen, spie auf seine Geschichte und zertrampelte seine gemischt russisch-ukrainischen Gemeinden. Die russischen Staatsmedien publizierten die Ereignisse im Nachbarland breit, die Politiker vergossen Krokodilstränen ob dieser Kulturbarbarei und profilierten sich als Erben und Retter der Kiewer Rus.

Jeder halbwegs wache Ukrainer musste sich bedroht fühlen, als der russische Präsident, gesegnet vom Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, feierlich erklärte, auf den Pfaden Peter des Ersten und Katharina der Großen zu wandeln, und seine Generäle ihre Truppen an der Grenze im Süden der Russischen Föderation zusammenziehen ließ, weil weder Peter noch Katharina jemals Mitgefühl mit den von ihrem großrussischen Reich unterjochten Völkern gezeigt hatten.

Derweil rüstete der Westen die ukrainische Armee auf, instruierte Kopfgänger und Diversanten, um die Bewohner des Donbass das Fürchten zu lehren. Und sie fürchteten sich tatsächlich. Rund vierzehntausend Menschen sind bis Februar 2022 in Donezk und Lugansk von faschistischen Freischärlern hinterücks und durch offene Anschläge ermordet, zahlreiche Wohnviertel, Schulen, Krankenhäuser und andere öffentliche Einrichtungen angegriffen und zerstört worden.

Die Hilferufe aus den Volksrepubliken wurden nicht gehört. Die westlich geprägte Weltöffentlichkeit blieb stumm, wiewohl die bürgerliche Presse die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen im Donbass diffamierte, indem sie diffus berichtete von inneren Konflikten in der östlichen Ukraine, angeblich ange-regt von Bandenführern mit kruden Vorstellungen und Mordgelüsten, obgleich die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen dieses Landstrichs nur die

Macht in die eigene Hand genommen, sich selbstredend auch bewaffnet hatten und den Brandstiftern die Stirn boten. Das Morden der faschistischen Freischärler ging derweil auch immer weiter. Nichtsdestotrotz entwickelten die Donezker und Lugansker ihre Heimat zu einer Gemeinschaft mit gerechter Verteilung, ohne Armut und Hunger, mit Bildung und Kultur für die Mehrheit und mit gesellschaftlicher Teilhabe aller, ungeachtet ihrer ethnischen Abstammung oder Herkunft.

Im Februar 2022 waren das Kiewer Regime und die Russische Föderation ausreichend hochgerüstet und ideologisch gewappnet, um das Äußerste zu wagen. Das russische Parlament anerkannte die Lugansker und die Donezker Volksrepublik, schusterte einen Beistandspakt zusammen und ließ seine Truppen im Donbass einmarschieren. Nur war diese sogenannte Befreiung zuerst eine Konterrevolution. Die Bezeichnung Noworossija, was Neurussland heißt, erinnert erschreckend an die »Aufbauhilfe« westlicher Konzerne, welche in den Neuen Bundesländern zwischen Elbe und Oder »blühende Landschaften« anrichteten, und lässt vermuten, dass das böse Erwachen bei den Bürgern im Donbass recht bald einsetzte, wie es sich auch bei uns im Osten Deutschlands ziemlich schnell einstellte.

Die Volksrepubliken wurden rückabgewickelt, es fanden sich private Investoren, »Förderer« aus Russland, die die Produktionsstätten an sich rissen und fortan die politisch-ideologische Richtung diktierten – aus der Traum von Volkseigentum und Selbstbestimmung!

Und von Frieden konnte erst recht nicht mehr die Rede sein. Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine nivellierte die lang gehegten Hemmungen bei den Waffenproduzenten und Kriegshetzern weltweit. Was über Jahrzehnte der Entschuldigung, der Erklärung, eines Mindestmaßes an Glaubwürdigkeit und Berechtigung bedurfte, war augenblicklich ausgelöscht, als ein Gemeinwesen, das sich über gute einhundert Jahre als Friedensmacht behauptet hatte, zu den Waffen griff und dafür auch noch Beifall erheischte.

Rücksichtslos fielen die unterschiedlichen Aggressoren über ihre Nachbarn her: Seit Oktober 2023 ermorden israelische Söldner die Palästinenser im Gazastreifen, Anfang Januar 2026 kidnapten nordamerikanische Killerkommandos den amtierenden Präsidenten Venezuelas, seit Ende Februar diesen Jahres führen Israel und die Vereinigten Staaten von Nordamerika Krieg ge-

gen den Iran, dessen Generalität keine Gelegenheit auslässt, den Bündnispartnern der Vereinigten Staaten schwere Schäden zuzufügen, und in Libyen wüten israelische Banden ungebremsst. Derart zieht der Krieg in der Ukraine weite Kreise und mordet und mordet und nimmt kein Ende.

Die russischen Oligarchen verbrämen das Vorgehen ihrer Truppen als antifaschistischen Befreiungskampf, was sich so aber nicht mit ihren wahren Intentionen vom Kriegsgewinn deckt. Denn statt dass ihre Truppen gleich bis Kiew durchmarschierten, um dort den Enthauptungsschlag zu führen, die einigermaßen überraschte faschistische Clique zu entmachten, ließen sie ihre Armeen vor- und zurückgehen, und wieder angreifen und erneut Ruhestellung einnehmen, während sie Verhandlungen anbahnten und wieder absagten – und sie gewannen Unsummen durch den Waffenverkauf! Ohnehin hatten sie sich mit dem Donbass einen unglaublichen Zugewinn an Bodenschätzen, der entsprechenden Veredelungsindustrie, qualifizierten Arbeitskräften und intakter Infrastruktur gesichert, da mochten sie auf ihre reichlich sprudelnden Einkünfte auch nicht mehr verzichten. Sicherlich haben in der Anfangsphase die weltweiten Proteste gegen den Krieg, die Versprechungen der Kiewer Seite, deren Hinhaltenaktik, und die sofort angesetzten Gespräche zu einem zögerlichen Fortschritt, zu einer gewissen Unentschlossenheit bei den russischen Generälen geführt, aber im Wesentlichen ging und geht es den russischen Oligarchen wie allen kriegführenden Mächten nur darum, den einmal begonnenen Krieg möglichst in die Länge zu ziehen.

Derweil auch die Herren der deutschen Rüstungskonzerne auf ihre Kosten kamen, indem sie zunächst ihre Lager von schrottreifen Waffen leerräumten und diese an die ukrainische Truppe verhökerten, um hernach lauthals ihre militärische Mittellosigkeit zu beklagen und Milliarden aus dem Staatssäckel abzugreifen. Die russische Wirtschaft wächst seit Kriegsbeginn um drei bis fünf Prozent, wie wir den Nachrichten aus dem Kreml entnehmen können, und auch die deutsche Wirtschaft wird wieder wachsen, wenn sie erst komplett auf Rüstung umgestellt ist – wiewohl sich der deutsche Arbeiter auf Zuschauen und Dulden beschränken muss, während sein »Sozialstaat« bis zur Unkenntlichkeit abgebaut wird, was im Mai und Juni 2026 von der Bundesregierung kennerisch und lauthals prognostiziert ist.

Derart sind die Empfehlungen der meisten Publizisten, Politiker, Strategen und Militärhistoriker, was den Kriegsverlauf in der Ukraine und sein Ende an-

belangt, völliger Blödsinn. Deren Geschwätz mutet wie Kaffeesatzlesen an. Sie kommen logisch daher, aber ihre Analysen sind falsch. Der Krieg lässt sich nicht eindämmen oder beenden, indem man dem Kanzler etwas Nachhilfe im Fach Geschichte empfiehlt, an die Vernunft appelliert und immer mehr historische Beispiele über die siegreiche russische Armee aufruft.

Vernunft ist ein Argument aus der Mottenkiste der bürgerlichen Revolution und taugte dazumal schon wenig. Denn kapitalistisches Profistreben ist nicht logisch und schon gar nicht vernünftig. Auch verfehlt der Hinweis auf die von Russland gewonnenen Schlachten gegen Napoleons Heerscharen oder etwa die Niederlage der deutschen Wehrmacht im zweiten Weltkrieg seinen Zweck, weil diese Kriege unter ganz anderen Vorzeichen, mit ganz anderen Zielen geführt wurden als die derzeitigen Kriege. Die französische Armee unter Napoleon war beseelt von der bürgerlichen Revolution, welche zum Zeitpunkt ihres Ritts nach Russland bereits ihren Schwächen erlegen war, und die von Adolf Hitler geführte Clique wollte in der Sowjetunion den Kommunismus austreiben. In beiden Kriegen ging es um Sieg oder Niederlage einer Revolution, bei der die französischen Eroberer 1812 den Kürzeren zogen und die Rote Armee 1945 ihre Heimat und weite Teile Europas tatsächlich vom Faschismus befreite.

Während der derzeitige Krieg in der Ukraine zwei Gleiche aufeinanderprallen ließ. Dieser Krieg ist das verheerende Spiel von Weltbeherrschern, die nichts anderes als Maximalprofite im Sinn haben. Damit ist der Krieg in der Ukraine weder zu gewinnen noch zu verlieren. Er muss immer weiter gehen, bis eines Tages irgendwann nur noch verbrannte Erde übrig bleibt und sich für die Gefallenen auch keine Totengräber mehr finden ...

Und doch liegt die Lösung auf der Hand, wie ich bereits sagte – eine Lösung, die so simpel und so alt ist wie die Geschichte des Krieges selbst und um die Mitte des 19. Jahrhunderts von dem deutschen Philosophen Karl Marx und seinen Mitstreitern entdeckt worden ist: Der revolutionäre Klassenkrieg – ein Krieg der niederen Hunderttausend gegen die Klasse der Ausbeuter, in dessen Ergebnis die Arbeiterklasse die politische Macht übernimmt, den ganzen kaputten Staat selbstgerechter Kriegstreiber und Massenmörder durch die bewaffneten Armeen der Geknechteten zerschlägt, umstülpt und die Arbeitermacht errichtet. Dann ist auch die Kriegsgefahr gebannt, werden die Waffenfabriken geschlossen, wandern ein paar Gewehre, Haubitzen und Panzer ins

Museum und wird das Menschengeschlecht auf der wunderschönen Erde in Frieden, Glück und Freiheit leben können.

Berlin, am 12. Juni 2026, Katharina Johanson

Kuba

Redaktion offen-siv: Vorbemerkung

Die Entwicklung der vergangenen 18 Jahre in Kuba haben wir im Sonderheft „Kuba: Chronik der Konterrevolution“ ausführlich nachgezeichnet.

Hier dokumentieren wir zwei Arbeiten zur aktuellen Umstrukturierung der kubanischen Ökonomie, die recht unterschiedlich sind. Eine vom kubanischen Präsidenten, die andere vom Journalisten C.J. Atkins. Wir dokumentieren diese Texte nicht, weil wir sie inhaltlich für richtig halten, sondern um zu zeigen, wie Kubas Präsident beschwichtigt, verharmlost, ja sogar lügt und wie ein Journalist Kritik äußert und auf Gefahren hinweist, dies aber extrem vorsichtig und deshalb unvollständig. Zum Schluss dokumentieren wir Meldungen über Hilfslieferungen der USA an Kuba und bringen eine kurze Einordnung dieser US-Aktivität. Wir beginnen mit dem Text von C.J. Atkins.

C.J. Atkins: Sozialismus unter Belagerung: Cuba lässt sich auf Notlagenreformen ein, um zu überleben

Staatskapitalismus, sozialistische Marktwirtschaft, Neue Ökonomische Politik – ganz gleich, welchen Begriff Anhänger oder Kritiker der kubanischen Revolution verwenden mögen: Es ist klar, dass die in diesem Land vorgeschlagenen Notreformen tiefgreifende Veränderungen für das sozialistische System mit sich bringen werden.

Am 19. Juni verabschiedete die kubanische Nationalversammlung einstimmig ein umfassendes Paket von 176 wirtschaftlichen Maßnahmen, das Premierminister Manuel Marrero den Abgeordneten in einer fast zweistündigen Rede vorgestellt hatte. Das Paket betrifft praktisch alle Säulen der sozialistischen Wirtschaft: Privateigentum, Marktpreisbildung, Arbeitsrecht, Bankwesen und Investitionen aus dem Ausland.

Dies ist ein erster Einblick in eine möglicherweise historische Transformation – doch es bleibt offen, wie und ob diese Maßnahmen umgesetzt werden und wer letztendlich davon profitiert.

Inhalt der Reformen

Die Änderungen sind weitreichend und betreffen praktisch jeden Bereich der Volkswirtschaft: Ausländische Investoren müssen künftig keine Joint Ventures mehr mit dem Staat gründen; damit entfällt eine langjährige Vorschrift, die die kubanische Regierung als obligatorischen Partner bei allen ausländischen Investitionen vorschrieb. Private Banken erhalten erstmals Zugang zum kubanischen Finanzsektor, womit das Jahrzehnte währende staatliche Monopol beendet wird.

Die Regierung hat zugegeben, dass die allgemeine Preiskontrolle die Inflation nicht eindämmen konnte und stattdessen Produkte auf den Schwarzmarkt trieb. Diese Preiskontrolle wird jetzt aufgehoben und durch gezielte Subventionen für die ärmsten Bevölkerungsgruppen ersetzt.

In Bezug auf Privateigentum stellen die Reformen eine deutliche Abkehr von der bisherigen Praxis dar. Staatseigentum darf nun laut der Rede von Marrero „an juristische Personen und Einzelpersonen im In- und Ausland, einschließlich im Ausland lebender Kubaner“ verkauft werden und zum ersten Mal seit Generationen wird private Immobilienentwicklung erlaubt sein.

Private Unternehmen werden ohne Begrenzung der Mitarbeiterzahl zugelassen, was Personen mit Kapital die Möglichkeit eröffnet, Unternehmen zu gründen und/oder zu erweitern. Kubaner dürfen zudem mehr als ein Unternehmen besitzen und Beteiligungen an mehreren Firmen halten. Neue Unternehmensstrukturen, darunter Aktiengesellschaften, werden zugelassen – Modelle, die in Marktwirtschaften üblich sind, in Kuba jedoch bislang nicht existierten, da der Kauf und Verkauf von Aktien die Möglichkeit einer Kapitalkonzentration und Vermögensungleichheit eröffnet.

Private Arbeitgeber können nun frei Personal einstellen und der direkte Außenhandel ohne obligatorische staatliche Zwischenhändler wird erlaubt sein. Sowohl kubanische als auch ausländische Investoren können Anteile an bislang staatlich geführten Unternehmen erwerben. Wie Premierminister Marrero

den Abgeordneten erklärte, wird mit diesen Maßnahmen der Markt offiziell als „Instrument für eine effiziente Ressourcenallokation“ anerkannt.

Blockade als Auslöser für Veränderungen

Der Hintergrund dieser Reformen ist unmissverständlich. Kubas Bruttoinlandsprodukt ist seit 2020 um mindestens 15 Prozent geschrumpft und die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL/ECLAC) prognostiziert bis Ende 2026 einen weiteren Rückgang um 6,5 Prozent, womit Kuba zum zweiten Mal in Folge die schwächste Wirtschaftsleistung in der Region aufzuweisen hätte.

Stromausfälle von mehr als 30 Stunden Dauer gibt es mittlerweile regelmäßig. Lebensmittel, Treibstoff, Medikamente und Trinkwasser sind chronisch knapp. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, hat gewarnt, dass „Kinder sterben“, weil Ärzten der Zugang zu grundlegenden medizinischen Gütern fehlt.

Die Ursache der aktuellen Krise ist die Ölblockade der Trump-Regierung – sowie die seit 64 Jahren andauernde US-Wirtschaftsblockade im Allgemeinen. Nach der Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro durch die USA im Januar 2026 stoppte die Trump-Regierung die venezolanischen Ölexporte nach Kuba – eine Versorgungsquelle, die bis zu 30 Prozent des kubanischen Kraftstoffbedarfs gedeckt hatte.

Trump unterzeichnete schließlich eine Verordnung, die jedem Land, das Öl nach Kuba liefert, mit Strafzöllen droht, womit diese Blockade faktisch weltweit ausgeweitet wurde. Seit Ende Januar hat nur ein einziger russischer Öltanker Kuba erreicht. Die Regierung hat zudem Kubas staatliche Ölgesellschaft sowie GAESA, den mit dem Militär verbundenen Mischkonzern, der Verbindungen zu fast allen Bereichen der kubanischen Wirtschaft unterhält, mit Sanktionen belegt. Außerdem wurden Visa und Mastercard unter Druck gesetzt, ihre Zahlungsdienste in Kuba einzustellen, um die Einnahmen aus dem internationalen Tourismus zu unterbinden.

In seiner Rede vor der Nationalversammlung kurz vor der Abstimmung brachte Präsident Miguel Díaz-Canel auf den Punkt, womit Kuba konfrontiert ist: „Was wir hier diskutieren, ist das Dilemma, wie wir den Prozess des sozialis-

tischen Aufbaus fortsetzen können, der unter der längsten Blockade der Geschichte durch die größte Weltmacht leidet.“

Dennoch betonte Díaz-Canel auch, dass die Reformen nicht einfach eine Kapitulation darstellten. „Wir tun dies nicht aufgrund des Drucks der Yankees“, sagte er den Abgeordneten und betonte, dass Kuba „souverän“ handle.

„Musste ohnehin geschehen“

Díaz-Canel gab zu, dass viele dieser Vorschläge intern seit Jahren diskutiert worden seien – zumindest seit dem Parteitag der Kommunistischen Partei im Jahr 2011 – und dass die Regierung „Entscheidungen, die sie nun für unerlässlich hält, mehr als 15 Jahre lang aufgeschoben“ habe. Der Präsident sagte: „Ich glaube, das hätte ohnehin geschehen müssen, unabhängig davon, ob diese Situation eingetreten wäre oder nicht.“

Díaz-Canel klang wie Deng Xiaoping um 1984, als er mehrfach betonte, dass die Wirtschaft wachsen müsse, sich der materielle Lebensstandard des kubanischen Volkes rasch verbessern müsse und der Sozialismus seine Prinzipien einer kritischen Überprüfung unterziehen müsse.

„Ohne Wohlstand gibt es nichts zu verteilen“, sagte Díaz-Canel und hob damit hervor, dass die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit zunächst die Schaffung eines materiellen Überflusses erfordert, wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll. Vor fast 40 Jahren, als China sich in den Anfängen der Marktreformen befand, hatte Deng einen ähnlichen Standpunkt vertreten und erklärt, dass allgemeine Armut nicht gleichbedeutend mit Sozialismus sei. „Die Herausforderung besteht darin, unter diesen Bedingungen zu produzieren, Wohlstand zu schaffen und diesen dann mit sozialer Gerechtigkeit und Fairness zu verteilen – nicht mit Gleichmacherei“, sagte Díaz-Canel und erklärte, dass die kubanische Wirtschaft ihr System der Pauschallöhne abschaffen müsse.

Der Präsident sagte, da es nur ganz geringe Lohnunterschiede zwischen Werktätigen mit unterschiedlichen Qualifikationen und Verantwortungsbereichen gebe, gebe es nicht genügend materielle Anreize, um die Menschen zu ermutigen, sich mehr anzustrengen oder danach zu streben, sich selbst oder ihre Arbeitsplätze zu verbessern. Seine Botschaft lautete, dass härtere Arbeit

nicht belohnt worden sei und moralische Anreize allein nicht ausreichen, um die Menschen langfristig zu motivieren. Díaz-Canel gab zu, dass die Zahlung von Pauschallöhnen an die Werktätigen, ergänzt durch Rationen und Subventionen, eine von Grund auf schlechte Praxis sei und räumte ein, dass dies Verzerrungen des Sozialismus darstelle, die unabhängig von den äußeren Druckfaktoren, denen Kuba ausgesetzt ist, geändert werden müssten. „Es gibt Hindernisse, die nicht von außen kommen oder auf Blockaden zurückzuführen sind. Es gibt Trägheit, Bürokratie, Vorschriften, die diejenigen behindern, die produzieren wollen, und Entscheidungen, die wir hinausgezögert haben. Was von uns abhängt, muss auch von uns geändert werden, und wir müssen es jetzt ändern“, erklärte er.

Keine Abweichung vom sozialistischen Projekt

Marrero wiederholte, dass die Reformen „keine Abweichung von unserem sozialistischen Projekt darstellen; im Gegenteil, sie entsprechen dessen Weiterentwicklung“ und zielten darauf ab, es zu verbessern. Er verwies auf die Bemühungen des ehemaligen Präsidenten Raúl Castro, Kubas Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zu modernisieren: „Nicht dogmatisch oder unflexibel zu sein, die mechanische Verknüpfung zwischen Sozialismus und Gleichmacherei zu überwinden und anzuerkennen, dass die sozialistische Planung die Regeln des Marktes nicht ausschließt, sondern einbeziehen und regulieren muss.“

Castro, gegen den in den USA wegen des Abschusses eines Flugzeugs der „Brothers to the Rescue“ aus Miami im Jahr 1996 ein Gerichtsverfahren läuft, nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil und sandte ein Schreiben an das Politbüro der Kommunistischen Partei und die Nationalversammlung, in dem er die Maßnahmen als „vorteilhaft“ bezeichnete und auf ihre rasche Umsetzung drängte.

Eher wie Lenin?

Einige Kommentatoren werden diese Veränderungen wohl schnell mit Chinas „sozialistischer Marktwirtschaft“ nach 1978 oder Vietnams *Đổi Mới* („Erneuerung“) der 1980er Jahre vergleichen. Diese Vergleiche haben, oberflächlich betrachtet, eine gewisse Berechtigung: In beiden Fällen führte eine von der Kommunistischen Partei geführte Regierung Marktmechanismen, privates Kapitaleigentum und ausländische Investitionen ein, während sie gleichzeitig

die politische Kontrolle behielt und die Beteiligung des Kapitalismus an den Staatsangelegenheiten einschränkte.

Eine passendere historische Parallele dürfte jedoch Lenins Neue Ökonomische Politik (NEP) sein, die 1921 in Sowjetrußland eingeführt wurde. Damals wie heute handelte es sich um einen Staat mit einer stark unterentwickelten industriellen Basis, der von feindlichen Mächten, die aktiv daran arbeiteten, ihn zu ersticken, von der Weltwirtschaft abgeschnitten war. Lenin machte deutlich, dass die NEP einen Rückzug in den „Staatskapitalismus“ darstellte – der privaten Handel, ausländische Konzessionen und Marktmechanismen zuließ – als notwendige Rettungsmaßnahme für den Wiederaufbau der materiellen Basis, von der aus schließlich der Sozialismus voranschreiten konnte. Der Unterschied – und der ist entscheidend – besteht darin, dass Lenin ausländische militärische Invasionen und die innenpolitische Konterrevolution bereits (weitgehend) zurückgeschlagen hatte, bevor er die NEP einführte. Kuba wird gerade jetzt, während es einem brutalen Angriff von außen ausgesetzt ist, zu diesen Zugeständnissen gezwungen.

Die Trump-Regierung hat ausdrücklich erklärt, dass ihr Ziel ein Regimewechsel ist, wobei Außenminister Marco Rubio offen erklärte, dass die Absetzung der sozialistischen Regierung Kubas eine Vorbedingung für die Aufhebung der Blockade sei, die mit dem Helms-Burton-Gesetz von 1996 verschärft wurde. Kuba experimentiert nicht aus einer Position der Stabilität heraus mit Staatskapitalismus, es tut dies mit einer Pistole an der Schläfe.

Zu welchem Preis?

Dies ist ein Hinweis auf die zentrale Ungewissheit, die über dem gesamten Reformpaket schwebt. Die USA kontrollieren einen Großteil des weltweiten Finanzsystems und haben ihre Bereitschaft gezeigt, auch jeden Dritten zu sanktionieren, der Geschäfte mit Kuba tätigt. Selbst eine teilweise Lockerung der Beschränkungen würde wahrscheinlich erfordern, dass entweder China oder die USA einen bedeutenden Schritt in Sachen Investitionen unternehmen.

Das optimistischste Szenario für Havanna wäre wahrscheinlich, dass chinesische Unternehmen in wesentliche Bereiche der kubanischen Wirtschaft investieren – Bergbau, Energie, Tourismusinfrastruktur und Landwirtschaft. China hat langfristige strategische Interessen an einer Stärkung seiner Beziehungen

zu Kuba und in der Karibik und verfügt über eine gewisse Erfahrung darin, US-Sanktionen zu umgehen. Dieser Ansatz würde die US-Blockade jedoch nicht aufheben und es bleibt abzuwarten, ob die chinesische Regierung unter den derzeitigen Umständen bereit wäre, die finanziellen und diplomatischen Kosten eines noch intensiveren Engagements in Kuba zu tragen.

Das andere Szenario – und angesichts des Einflusses Washingtons wohl das wahrscheinlichere – ist, dass diese Zugeständnisse für Trump zu einem Druckmittel werden, um politische und wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Das könnte bedeuten, dass Teile der Blockade aufgehoben werden im Gegenzug dafür, dass US-Unternehmen kubanische Betriebe, Ressourcen, Bergwerke, Hotels und Ferienanlagen erwerben dürfen. In einigen Fällen würde dies den Nachkommen oder Rechtsnachfolgern der vorrevolutionären Eigentümer faktisch ermöglichen, Vermögenswerte zurückzukaufen, die nach 1959 verstaatlicht wurden – eine Restauration durch die Hintertür, gegen die sich die kubanische Regierung aus Prinzip seit Langem wehrt und die viele Kubaner als Verrat an der Revolution selbst betrachten würden.

Viele US-Unternehmen und wohlhabende kubanische Exilanten in Florida hoffen zweifellos auf einen Zusammenbruch Kubas nach sowjetischem Vorbild – den vollständigen Sturz des Sozialismus einschließlich Massenprivatisierungen und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums. Die Führung der kubanischen Regierung und der regierenden Kommunistischen Partei hat jedoch deutlich gemacht, dass sie ein solches Ergebnis nicht beabsichtigt.

Vorläufiger Ausblick

Noch ist jedoch nichts entschieden und es wird Zeit brauchen, bis die Reformen greifen und Ergebnisse zeigen. Díaz-Canel selbst warnte, dass „die ordnungsgemäße und rechtzeitige Umsetzung dieser Veränderungen ebenso wichtig oder sogar wichtiger ist als ihre Verabschiedung“, und räumte damit die Kluft zwischen der Verabschiedung durch den Gesetzgeber und den tatsächlichen Veränderungen in der Praxis ein.

Es ist noch nicht klar, mit welchen Mechanismen oder nach welchem Zeitplan die 176 Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Viele Fragen bleiben unbeantwortet. Die Sitzung endete jedoch damit, dass Díaz-Canel auf Fidel Castros ikonischen Slogan zurückgriff: „¡Socialismo o muerte!“ – „Sozialismus oder Tod!“

Klar ist, dass Kuba darauf setzt, dass eine maßvolle Dosis Kapitalismus den Sozialismus retten kann – ein Wagnis, das Lenin vor über einem Jahrhundert unter ganz anderen Umständen eingegangen ist. Ob die kubanische Führung die tiefgreifenden Widersprüche, die dieses Wagnis mit sich bringt, bewältigen und gleichzeitig dem Druck widerstehen kann, der einen taktischen Rückzug in eine dauerhafte Transformation verwandeln könnte, ist die entscheidende Frage der kommenden Monate.

Diaz-Canel: Rede vor dem Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kubas

Vorbemerkung der Redaktion offen-siv: Die kubanische Nationalversammlung hat am Donnerstag, 18. Juni, ein Paket aus 176 Maßnahmen zur Bewältigung der schweren ökonomischen Krise infolge der verschärften US-Blockade einstimmig gebilligt. Am Tag zuvor hatte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) die Reformen in einer außerordentlichen Sitzung genehmigt. Wir dokumentiert hier die von der Botschaft Kubas übersetzte Rede des kubanischen Präsidenten vor dem Plenum des Zentralkomitees am 17. Juni 2026.

Genossinnen und Genossen, Mitglieder des Zentralkomitees der Partei, liebe Gäste, Landsleute!

Diese außerordentliche Tagung des Plenums findet in für Kuba entscheidenden Tagen statt. Als stolze Erben des Vermächtnisses des Comandante en Jefe stehen wir kubanischen Revolutionäre heute vor Herausforderungen von enormem Ausmaß, die Einheit, ideologische Standhaftigkeit, Mut, Kühnheit und kreativen Widerstand erfordern.

Wir können auf die Führung unseres Revolutionsführers zählen, eines herausragenden Mitglieds der Avantgarde der »Generación del Centenario« (Generation des 100. Jubiläums des Geburtstages José Martí) und eifrigen Hüters der Kontinuität der sozialistischen Revolution, zu deren Aufbau er von den Grundfesten bis in die Gegenwart entscheidend beigetragen hat: der Armeegeneral Raúl Castro Ruz, Held der Republik Kuba, der uns jeden Tag den heiligen Wert der Einheit gelehrt hat.

Der Kontext ist außerordentlich komplex und herausfordernd aufgrund der unaufhörlichen Aggressivität der von der Regierung der Vereinigten Staaten verhängten und verschärften Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, sowie aufgrund der kriminellen Absicht hinter den feindseligen Maßnahmen der derzeitigen Regierung: zunächst einmal die Aufnahme Kubas in die berüchtigte und ungerechtfertigte Liste der Länder, die angeblich den Terrorismus unterstützen, sowie weitere, ebenso falsche Anschuldigungen, die darauf abzielen, die Autorität und die Politik der Regierung zu diskreditieren und dem Land gleichzeitig jegliche Deviseneinnahmequellen zu entziehen.

Eine Blockade, die durch die Exekutivverordnungen vom 29. Januar und 1. Mai noch weiter verschärft wurde, welche die genozidale Energieblockade untermauern und die Blockade, die finanzielle, energiepolitische und investitionsbezogene Verfolgung durch sekundäre Sanktionen auf ein Extreemniveau des maximalen Drucks internationalisieren.

Parallel dazu wird die politisch-ideologische Subversion durch mediale Desinformation in den sozialen Netzwerken intensiviert, um die Glaubwürdigkeit der Revolution sowohl bei Kubanern als auch bei Ausländern zu untergraben und soziale Verunsicherung in einem nationalen und internationalen Szenario zu schüren, das von tiefgreifenden Veränderungen in der sozioökonomischen Struktur und der globalen Geopolitik geprägt ist, als Folge der grenzenlosen Macht einer imperialistischen Hegemonialpolitik, die darauf abzielt, den Multilateralismus zu zerschlagen, neofaschistische Strömungen anzukurbeln und globale Spannungen zu verschärfen, wodurch sie ständig den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit bedroht und versucht, die unverzichtbare Einheit der linken Kräfte zu brechen.

Der stille Völkermord, der gegen Kuba verübt wird, verursacht unermesslichen Schaden und führt zu schrecklichen Einschränkungen in unserem Alltag als Volk. Währenddessen belügen seine Urheber die Welt schamlos, indem sie die Energieblockade leugnen und behaupten, wir würden die Einfuhr von millionenschweren Spenden verbieten – Spenden, die sie groß ankündigen, von denen sie aber kaum etwas von dem, was versprochen wurde, tatsächlich geliefert haben.

Kuba leistet heldenhaft und kreativ Widerstand, leidet jedoch schon viel zu lange unter einer barbarischen, unverdienten und unerträglichen Bestrafung,

zu der nun die Androhung militärischer Aggression als neue Waffe gegen den kollektiven Widerstand hinzukommt.

Kuba sieht sich einer grausamen Blockade und einer realen, täglichen finanziellen Verfolgung gegenüber, die jeden Tropfen Kraftstoff, jedes Medikament, jedes Lebensmittel, jedes Bauteil und jede Technologie, die das Land benötigt, verteuert.

Die Realität zwingt uns zu dringenden und notwendigen Veränderungen. Und wenn das Leben der Bevölkerung so hart wird, besteht die erste Pflicht der Kommunistischen Partei und der revolutionären Regierung nicht darin, die Krise besser zu erklären, sondern das zu ändern, was geändert werden muss, um aus ihr herauszukommen.

Es bedarf einer tiefgreifenden und flexiblen Wirtschaftsagenda, die kurzfristig umsetzbar ist und makroökonomische Stabilisierung, Anreize zur Förderung einer produktiven Öffnung, Rechtssicherheit, die Gewinnung von Investitionen, den intensiven Einsatz von Technologie sowie einen gezielten und wirkamen Sozialschutz miteinander verbindet.

Erinnern wir uns daran, dass wir beim Abschluss der XI. Plenums dargelegt haben, dass die Verschiebung des Parteitags die Möglichkeit, die notwendigen Änderungen, Anpassungen und Maßnahmen durchzuführen, nicht einschränkte, unter Berücksichtigung der Befugnisse der Parteistrukturen und der Regierung, wie beispielsweise der Plenarsitzungen des Zentralkomitees, wenn es um Beschlüsse geht, die von den Parteitagen gefasst wurden.

Dafür wurde intensiv gearbeitet, ausgehend vom aufschlussreichen Bericht und der Debatte des Kongresses des Nationalverbands der Ökonomen und Buchhalter Kubas (ANEC), der Volksbefragung zum Wirtschafts- und Sozialprogramm für 2026, den Einschätzungen von Ökonomen und Experten, den Debatten und Beiträgen der Wirtschaftskommission des Zentralkomitees der Partei sowie den Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf dem Sechsten, Siebten und Achten Parteitag verabschiedet und aktualisiert wurden, die Vorschläge der XI. Plenums des Zentralkomitees sowie die Arbeit der Kommissionen, die aus den bekannten Gründen die Dokumente für den verschobenen IX. Parteitag vorbereitet haben, was die Aktualisierung der Konzeption des Wirtschafts- und Sozialmodells, der Leitlinien und des Nationalen Plans für wirtschaftliche und soziale Entwicklung bis 2030 betrifft.

Darüber hinaus wurden die Erfahrungen mit dem sozialistischen Aufbau in anderen Ländern wie China und Vietnam einstudiert, und es wurde auch auf künstliche Intelligenz zurückgegriffen, um die Suche nach Referenzen zu vertiefen und die Vorschläge im Hinblick auf unsere geltenden Gesetze und Vorschriften zu bewerten.

Es geht darum, uns der enormen Herausforderung zu stellen, den Prozess des sozialistischen Aufbaus, der Verteidigung der Revolution und ihrer Errungen-schaften sowie der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft unter den Bedin-gungen eines Landes voranzutreiben, das der grausamsten, völkermörde-rischsten und langwierigsten Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Handelsblo-ckade ausgesetzt ist, die von der mächtigsten Weltmacht verhängt wurde. Und um dies zu überwinden, ist das Erbe, das wir haben, das unseres *Comandante en Jefe* Fidel Castro Ruz (Beifall).

Niemand in der Geschichte der Menschheit stand jemals vor der Herausforde-rung, den Sozialismus unter den Bedingungen, unter denen dieses Land, diese Nation und dieses Volk sie derzeit bewältigen müssen, aufzubauen! Diese Herausforderung werden wir zweifellos mit Einigkeit, Mut, der Beteiligung des Volkes und der vollen Überzeugung von unserer Fähigkeit, den Sieg zu erringen, meistern.

Die Veränderungen, die wir vorantreiben, dienen dazu, den Sozialismus zu verteidigen, die soziale Gerechtigkeit zu stärken und auszuweiten sowie wirt-schaftlichen Wohlstand zu schaffen und diesen gerecht zu verteilen. Ohne Wohlstand gibt es nichts zu verteilen – dann würden wir nur von einer abs-trakten sozialen Gerechtigkeit sprechen. Soziale Gerechtigkeit, wie sie von der Revolution im Sinne ihrer humanistischen Ausrichtung verstanden wird – indem den am stärksten Benachteiligten in der Regel durch kostenlose Hilfs-programme und Projekte geholfen wird –, kostet die Menschen nichts, aber sie kostet den Staat, und um dies zu tun, um sie zu vertiefen, aufrechtzuerhal-ten und zu sichern, braucht der Staat Wohlstand, und diesen Wohlstand müs-sen wir selbst erwirtschaften; und wenn es keinen Wohlstand gibt, gibt es kei-ne soziale Gerechtigkeit, und alles andere ist ein Märchen, alles andere ist ein Märchen! Entweder wir produzieren unter diesen Bedingungen, schaffen Wohlstand und verteilen ihn dann im Sinne sozialer Gerechtigkeit und Fair-ness – nicht im Sinne des Egalitarismus. Das ist die Herausforderung!

Wir müssen die Produktivkräfte entfesseln, damit es mehr Produktion statt mehr Einschränkungen gibt, denn es ist erwiesen, dass Kontrolle ohne Angebot die Aktivitäten lediglich in den informellen Sektor verlagert.

Notwendig sind Gleichberechtigung und Integration der Wirtschaftsakteure im Rahmen des Nationalen Plans für wirtschaftliche und soziale Entwicklung bis 2030 sowie der Strategien zur territorialen und lokalen Entwicklung durch staatliche Unternehmen, Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KKMU), Genossenschaften, landwirtschaftliche Erzeuger, ausländische und kubanische Investoren, Gebietsansässige und Gebietsfremde: Alle müssen nach klaren Regeln handeln und zur sozioökonomischen Entwicklung des Landes beitragen.

Wir müssen exportieren und produzieren, um Devisen zu beschaffen und einzunehmen und diese produktiv einzusetzen. Jede Devisen, die ins Land fließt, muss Wege finden, um Produktion, Importe, Investitionen, Löhne und Infrastruktur zu finanzieren.

Rechtssicherheit muss gewährleistet sein: Verträge, Nießbrauchrechte, Pachtverträge, Konzessionen, Baurechte und Lizenzen mit zeitlicher Stabilität und Schutz vor willkürlichen Änderungen. Ohne Rechtssicherheit investiert niemand, geht niemand ein Risiko ein.

Wir müssen die Digitalisierung mit Rückverfolgbarkeit vorantreiben: elektronische Rechnungsstellung, digitale Zahlungen, öffentliche Register und interoperable Daten als Grundlage zur Verringerung von Steuerhinterziehung und Korruption.

Der Sozialschutz muss Priorität haben: ineffiziente pauschale Subventionen müssen durch direkte Unterstützung für schutzbedürftige Menschen ersetzt werden. Dabei müssen wir stets darauf achten, dass jede Maßnahme die sozialen Ungleichheiten nicht verstärkt, sondern dass diese im Gegenteil abgebaut werden, bis sie verschwinden.

Wir müssen selektiv und intelligent offen agieren: Technologie, Finanzmittel, Märkte und externes Wissen anziehen und dabei strategische Sektoren durch Regulierung schützen, nicht durch Stillstand.

Ein schrittweises Vorgehen und Experimentieren sind notwendig: Reformen in Phasen und durch überprüfbare Pilotprojekte durchführen, dabei die staatli-

che Führung beibehalten und den Kurs anhand von Fakten korrigieren, um mögliche wirtschaftliche und soziale Kosten zu bewältigen und zu minimieren.

Unverzichtbar sind zudem politische Einheit, um die Konsistenz und Glaubwürdigkeit der Maßnahmen zu gewährleisten, eine klare und präzise Kommunikation der zu treffenden Entscheidungen, um Unterstützung für die Veränderungen zu gewinnen, sowie die Einführung von Ausgleichsmechanismen zur Abmilderung wirtschaftlicher und sozialer Auswirkungen.

Es muss agil, kohärent und qualitativ hochwertig und vor allem kontrolliert gearbeitet werden. Das, was beschlossen wurde, muss gut umgesetzt werden.

In diesem Szenario ist es notwendig, an mindestens fünf Fronten gleichzeitig voranzukommen:

Die makroökonomische Stabilisierung und die Wiederherstellung der Auslandsumsätze.

Die Umgestaltung des Wirtschafts- und Sozialmodells.

Die Belebung und Erholung des landwirtschaftlichen Produktionssektors.

Die Stärkung der Rechnungslegung und des Kostenmanagements.

Die Vorwegnahme und Abmilderung der sozialen Kosten, die mit den notwendigen Veränderungen des Wirtschafts- und Sozialmodells verbunden sind.

Und diese fünf Aspekte sind in dem Bericht, den die ANEC auf ihrem letzten Kongress vorgelegt hat, sehr gut ausgearbeitet.

Der *Comandante en Jefe* hat uns gelehrt, dass wir in Krisenzeiten weder auf Entwicklung noch auf das Denken verzichten dürfen, dass es kein unüberwindbares Hindernis gibt und dass es immer eine Chance gibt, zu wachsen. Und auf diesem Weg hat uns der Armeegeneral gezeigt, dass es möglich ist, dass es möglich war und dass es immer möglich sein wird.

Das Volk kennt die Ursachen vieler der Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, aber es braucht auch konkrete Antworten, zeitnahe Entscheidungen und Ergebnisse, die im Alltag spürbar werden.

Es gibt Hindernisse, die weder von außen kommen noch auf Blockaden zurückzuführen sind. Es gibt Trägheit, Bürokratie, Vorschriften, die denjenigen

bremsen, der produzieren will, und Entscheidungen, die wir aufgeschoben haben. Was von uns abhängt, müssen wir selbst ändern, und wir müssen es jetzt ändern.

Wir verdanken dem Widerstand unser Vaterland, aber heute reicht der Widerstand allein nicht aus. Diese Zeit verlangt von uns, dass wir Veränderungen vornehmen, mehr produzieren, mehr Hindernisse beseitigen, mehr zuhören, bessere Entscheidungen treffen und Rechenschaft ablegen.

Was wir auf den Weg bringen wollen, ist eine wirtschaftliche und soziale Notfallagenda mit Maßnahmen, die Teil unseres Regierungsprogramms und der von der Partei verabschiedeten Politik sind, sowie mit Entscheidungen, die nicht länger warten können. Bei einigen wird es keinen absoluten Konsens geben, aber sie sind unaufschiebbar. Und für alle wird es einen Verantwortlichen mit Vor- und Nachnamen geben, eine festgelegte Frist, einen Indikator zur Messung der Erfüllung und eine öffentliche Rechenschaftslegung gegenüber dem Land.

Was funktioniert, wird ausgeweitet. Was nicht funktioniert, wird unverzüglich korrigiert. Wer Verantwortung trägt, muss dafür Rechenschaft ablegen, und wenn jemand nicht erfüllen kann, was dieser Moment erfordert, muss er verantwortungsbewusst Platz machen für denjenigen, der es besser kann.

Wir werden diesen Prozess als Herausforderung der Generationen angehen, die heute gemeinsam für die Verteidigung des Vaterlandes, der Revolution und des Sozialismus eintreten.

Was das System der Wirtschaftssteuerung betrifft, möchte ich hervorheben, dass das Wichtigste darin besteht, dass die zentrale Planung – sofern wir diese Umgestaltungen vornehmen – nicht die Aufgabe hätte, die Wirtschaft zu verwalten, sondern ein geeignetes institutionelles und normatives Umfeld zu schaffen, damit Unternehmen und Arbeitnehmer dazu angeregt werden, qualitativ hochwertige Güter zu produzieren und Dienstleistungen effizient zu erbringen sowie zu diesem Zweck Innovationen in ihre Betriebsführung einzuführen.

Und wir müssen auf jeden Fall erreichen, dass der Plan von unten her unter Beteiligung der Arbeiter erstellt wird.

Wir werden die Umstrukturierung des Regierungsapparats, des Staates, der Partei und der Institutionen fortsetzen. Wir werden Strukturen dort integrieren, wo es notwendig ist, doppelte Funktionen überprüfen, unnötige Schritte reduzieren und die Art und Weise, wie das Land geführt und versorgt wird, kontinuierlich optimieren. Die Strukturen sollen dynamischer, proaktiver und weniger bürokratisch sein.

Eine der wichtigsten und dringlichsten Aufgaben besteht darin, die Entwicklung des Landes von der Basis aus, von den Gemeinden aus, voranzutreiben.

Es ist unaufschiebbar, die Verwaltung in den Gemeinden zu entflechten und dafür zu sorgen, dass sie endlich alle möglichen Befugnisse erhalten und anwenden können, um sich weiterzuentwickeln.

Keine wirtschaftliche Veränderung wird ausreichen, wenn die sozialistischen Staatsunternehmen, die weiterhin die tragende Säule der Wirtschaft bleiben werden, nicht über echte Fähigkeiten verfügen, zu wirtschaften, innovativ zu sein und für ihre Ergebnisse einzustehen.

Es ist notwendig, die Unternehmensführung der staatlichen Unternehmen auf der Grundlage echter Autonomie, wirtschaftlich-finanzieller Bewertung, Trennung von staatlichen und unternehmerischen Funktionen sowie der Anwendung des Prinzips »erfülle oder erkläre« zu reformieren, um zu verhindern, dass die Vorschrift zu einem Hemmnis wird, wenn es eine vorteilhaftere und nachweisbare Lösung gibt.

Zu diesem Zweck werden wir in zwei Richtungen voranschreiten: mehr echte Autonomie für die Unternehmen und eine professionellere Verwaltung der staatlichen Vermögenswerte durch das »Instituto Nacional de Activos Empresariales« (Nationale Institut für Unternehmensvermögen), das damit beauftragt ist, den Eigentümer der Produktionsmittel zu vertreten, Ergebnisse zu bewerten, Effizienz einzufordern und die unternehmerische Funktion besser von der Regulierungsfunktion der Ministerien zu trennen.

Autonomie bedeutet nicht das Fehlen von Kontrolle, sondern impliziert einen Rahmen der Verantwortung; sie bedeutet, rechtzeitig entscheiden zu können, bessere Partnerschaften einzugehen, besser zu investieren, besser zu bezahlen und gegenüber der Bevölkerung und dem Staat Rechenschaft über die Ergebnisse abzulegen.

Es gilt, das staatliche Unternehmen zu stärken, nicht es durch Verwaltungsmechanismen zu ersetzen, die es lähmen. Dazu muss die Trennung zwischen staatlichen und unternehmerischen Funktionen vollzogen, die Leistung mit wirtschaftlich-finanziellen Instrumenten bewertet und echte Autonomie bei der Verwaltung materieller, finanzieller und personeller Ressourcen gewährt werden – bei nachträglicher Kontrolle, Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Mit einem leeren Teller gibt es keine Souveränität. Die Ernährung des kubanischen Volkes wird als das behandelt werden, was sie ist: eine Frage der nationalen Sicherheit.

Und dem Brachland in Kuba muss ein Ende gesetzt werden. Für jedes Stück Land, das heute mit Marabú bewachsen ist, obwohl es eigentlich Nahrungsmittel produzieren sollte, muss es eine klare Antwort geben: Entweder wird es produktiv genutzt oder an jemanden übergeben, der dazu bereit ist, es produktiv zu machen.

Wir werden die Vergabe von Land in Nießbrauch an diejenigen ausweiten, die bereit und in der Lage sind, zu produzieren: Produzenten, Genossenschaften, Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen sowie Vereinigungen, ohne dabei jemals die nationale Souveränität aufzugeben oder zurück zu dem abhängigen Land zu kommen, das wir mit der Revolution hinter uns gelassen haben.

Wir werden denjenigen, die das Land bewirtschaften, das Recht zugestehen, in das zu investieren, was sie benötigen, um es produktiv zu machen, und denjenigen, die sich zu echten Ergebnissen verpflichten, die Möglichkeit geben, Saatgut, Dünger, Ersatzteile und Ausrüstung direkt zu importieren. Doch ein Prinzip muss klar bleiben: Dieses Land wird weiterhin dem Volk gehören; und wenn es nichts produziert, wenn es dem Land nicht dient, wenn es seine soziale Funktion nicht erfüllt, muss es in die Hände derer übergehen, die es tatsächlich produktiv machen können.

Vom kubanischen Bauer kann man nicht weiterhin verlangen, mit weniger Arbeitsmitteln und zu Preisen unterhalb seiner Selbstkosten mehr Nahrungsmittel zu produzieren; er muss über funktionierende Mechanismen für den direkten Zugang zu Devisen verfügen, etwa durch den Verkauf an Exporteure – wie es im Tourismus der Fall ist – oder über den Devisenmarkt.

Wir müssen dafür sorgen, dass das Land eine Chance und keine Last ist, dass derjenige, der sät, die Früchte seiner Arbeit erntet, dass derjenige, der produziert, besser leben kann, und dass derjenige, der in die Landwirtschaft investiert, Sicherheit, Rückhalt und eine Zukunft findet.

Kuba braucht seine Bauern, ihre Arbeit und ihr Vertrauen. Wenn der kubanische ländliche Raum für diejenigen, die dort arbeiten, ein Weg zum Wohlstand ist, wird das Land stärker, gerechter und souveräner sein.

Was den Außenhandel, die Exporte, die Logistik und die Wertschöpfungsketten betrifft, müssen wir staatlichen und nichtstaatlichen Unternehmen – seien es Produktions-, Export- oder Importsubstitutionsunternehmen – den direkten Import und Export gestatten, wobei technische und steuerliche Anforderungen beibehalten, die obligatorische Vermittlung jedoch abgeschafft werden muss.

Was die Umschuldung betrifft, so müssen wir einen Prozess des Schulden-tauschs gegen Vermögenswerte durchführen, der sich im Wesentlichen auf den Tausch nationaler Vermögenswerte gegen Schulden konzentriert, ohne das Eigentum an diesen Vermögenswerten auf Dauer zu veräußern. Mit diesem Mechanismus lassen sich Finanzmittel und andere Vorteile erzielen, ohne das Eigentumsrecht an den Vermögenswerten zu verlieren.

Es müssen auch andere Mechanismen genutzt werden, die geprüft werden können, wie beispielsweise Tausch von Schulden gegen Natur oder Schulden gegen soziale Entwicklung, die Ausgabe von Zertifikate für die Ziele für nachhaltige Entwicklung und andere.

Wir werden die Liste der für den Privatsektor verbotenen Tätigkeiten umfassend überprüfen, wobei wir einem klaren Grundsatz folgen: Verbote sollen, wann immer möglich, durch eine verantwortungsvolle Regulierung ersetzt werden. Das Land muss rechtliche Wege mit klaren Regeln und angemessenen Kontrollen für diese Tätigkeiten eröffnen.

Außerdem werden wir den Geltungsbereich des Gesellschaftszwecks von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen (KKMU) sowie anderer Wirtschaftsakteure flexibilisieren und den bürokratischen Aufwand, mit dem viele Unternehmer heute konfrontiert sind, erheblich verringern; darüber hinaus müssen wir die Gründung von Wirtschaftspartnerschaften zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Verwaltungsformen beschleunigen.

Auch ausländische Investitionen sind in einem Geflecht von Hindernissen gefangen, die ihre notwendige Zunahme behindern. Wir dürfen dem ausländischen Investor nicht nur vorschreiben, wo er investieren soll, sondern müssen ihm auch die Initiative überlassen, in den Wirtschaftszweig seiner Wahl zu investieren und seine Mitarbeiter stets direkt und ohne staatliche Vermittler auszuwählen.

Wir müssen ausländische Direktinvestitionen im nationalen Privatsektor, einschließlich der Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen (KKMU), mit klaren Regeln in Bezug auf Eigentumsverhältnisse, Rückführung, Reinvestition und Streitbeilegung zulassen.

Wir müssen Investitionsmodelle mit unterschiedlichen Modalitäten und unter Einbeziehung aller Akteure seitens der in Kuba lebenden Kubaner ermöglichen. Und den im Ausland lebenden Kubanern, die investieren, spenden, Technologie importieren, einen Markt erschließen oder ein Projekt in ihrer Heimat auf die Beine stellen möchten, werden wir einen klaren, stabilen und respektvollen Rahmen bieten, ohne dass sie mit Argwohn betrachtet werden, weil sie ihren Landsleuten helfen oder zur Entwicklung ihres Geburtslandes beitragen wollen. Demjenigen, der gemeinsam mit Kuba etwas aufbauen möchte, ohne dem Land etwas aufzwingen zu wollen, sagen wir mit offenem Herzen: Hier ist dein Zuhause, und hier steht dir die Tür offen, denn dieses Vaterland kann in dieser Stunde keinen einzigen guten Kubaner entbehren (Beifall).

Der Stromausfall ist nicht nur ein Problem von Megawatt oder eines Defizits bei der Stromerzeugung. Der Stromausfall ist das Kind, das nicht für die Prüfung lernen konnte, das Essen, das im Kühlschrank verdorben ist, der ältere Mensch, der die Nacht ohne Ruhe und in der Hitze wach liegt. Es ist das Krankenhaus, das am Limit arbeitet, die Arztpraxis, die kein Medikament vorrätig halten kann, der Arbeitnehmer, der seinen Arbeitstag verliert, und das Geschäft, das schließen muss. Deshalb ist Energie kein technisches Thema, sondern ein menschliches, wirtschaftliches und nationales Thema.

Wir werden die Einbindung der Solarenergie in die nationale Wirtschaft weiter vorantreiben, so wie wir es bisher getan haben. Um dies zu erreichen, werden wir ausländischen Unternehmen, die Solarmodule, Batterien, Wechselrichter und zugehörige Lösungen liefern, den direkten Zugang erleichtern und

so Zwischenhändler reduzieren, die die Kosten für die Bevölkerung und für das Land in die Höhe treiben.

Zölle auf den Import von Solartechnologien, Speichersystemen und Geräten zur Energieeinsparung wurden bereits abgeschafft. Nun werden wir auch die Abschaffung der Steuern auf deren Verkauf sowie auf die mit ihrer Installation und Wartung verbundenen Dienstleistungen vorantreiben.

Zudem werden wir Kredit- und Finanzierungsmechanismen schaffen, damit diese Lösungen nicht nur für wenige zugänglich sind, sondern schrittweise auch Haushalte, KKMU, Arztpraxen, Bildungseinrichtungen, Seniorenheime und andere für die Bevölkerung unverzichtbare Einrichtungen erreichen können. Dabei werden unsere kubanischen Unternehmen und Fachkräfte – sowohl staatliche als auch private – im Mittelpunkt stehen: Sie werden die Anlagen installieren, warten, reparieren, integrieren und Arbeitsplätze schaffen. Kubanische Unternehmen können sich auf die Installation, Integration, den Betrieb und den Support dieser Technologien spezialisieren.

Wir werden den Elektroverkehr in Verbindung mit erneuerbaren Energiequellen vorantreiben. Jedes Elektrofahrzeug für den öffentlichen oder privaten Verkehr oder den Leichtgüterverkehr, das nachweislich vollständig oder überwiegend mit Solarenergie betrieben wird, kann in den Genuss besonderer Anreize, Zollbefreiungen, der Befreiung von Verkaufssteuern sowie Erleichterungen beim Import von Ladegeräten, Batterien, Ersatzteilen und zugehörigen Lösungen kommen.

Darüber hinaus werden wir die Installation von Solarladestationen im ganzen Land mit ausländischen, privaten, genossenschaftlichen und staatlichen Investitionen fördern, wobei wir städtische Verkehrswege, Tourismuszentren, Produktionsgebiete und wesentliche Dienstleistungen priorisieren. Gleichzeitig werden wir ein beschleunigtes Verfahren zur Erteilung von Lizenzen für Transportunternehmen, Elektrotaxis oder damit verbundene Mobilitätsdienste einrichten, unter Einhaltung klarer Regeln, technischer Kontrollen, Verkehrssicherheit und transparenter Preise.

Die oberste Priorität, noch vor allem anderen, haben die Menschen, die nicht darauf warten können, dass sich die Wirtschaft erholt, denn es gibt Nöte, die keine Fristen kennen. Wahre soziale Gerechtigkeit beruht nicht auf künstli-

chen Preisen, die letztendlich zu Knappheit, Warteschlangen, niedrigen Löhnen und einem Schwarzmarkt führen.

Soziale Gerechtigkeit baut auf realen Grundlagen auf: Einkommen mit Kaufkraft, direktem Schutz für diejenigen, die ihn am dringendsten benötigen, und einer nationalen Wirtschaft, die in der Lage ist, mehr zu produzieren. Es gibt keine Abkürzungen; dies sind keine neuen Ideen, sondern Entscheidungen, die das Land bereits vor Jahren diskutiert und verabschiedet hat. Der Fehler lag nicht darin, sie vorzuschlagen, sondern darin, sie aufzuschieben, und diese Phase des Aufschiebens muss ein Ende haben.

Der Grundwarenkorb wird Rentnern, Familien mit chronisch kranken Kindern und schutzbedürftigen Menschen garantiert. Es werden gezielte Programme zur sozialen Transformation in den ärmsten Stadtvierteln entwickelt. Dem staatlichen und privaten Unternehmenssektor müssen eine größere Rolle und Anreize eingeräumt werden, sich an der Lösung vorrangiger lokaler Probleme zu beteiligen, wie beispielsweise an sozialen Tafeln, der Abwasserentsorgung und Einrichtungen für Kinder ohne familiäre Fürsorge. Mit diesen Entscheidungen werden ihnen neue konkrete Aufgaben übertragen: die Auszahlung der Rente direkt in die Nähe des Wohnortes der Rentner zu bringen, damit diese nicht stundenlang in der Sonne Schlange stehen müssen; die Patenschaft für soziale Tafeln, Altenheime, Seniorenheime und Kinderheime zu übernehmen; Solidaritätskontingente und Selbstkostenpreise für diejenigen zu schaffen, die es wirklich brauchen; alles zu digitalisieren, damit bekannt ist, wer beiträgt, wer erhält und welche Ergebnisse erzielt werden.

Jahrelang funktionierten wir nach einer Logik der gedämpften Löhne, regulierten Preise und eines Staates, der einen enormen Teil des Wirtschaftslebens des Landes subventionierte. Diese Formel hatte ihre Gründe, ihren Kontext, ihre Ergebnisse und ihren Zeitpunkt; aber sie wird der komplexen Realität, in der wir leben, nicht mehr gerecht. Die Preise, mit denen eine Familie konfrontiert ist, haben sich zu sehr von dem Einkommen eines Arbeiters oder Rentners entfernt, und wir können nicht weiter so tun, als gäbe es diese Kluft nicht.

Wir werden auch neue Wege für einen sicheren Zugang zu Medikamenten erschließen.

Was die Finanz-, Steuer-, Geld- und Haushaltssanierungspolitik betrifft, so besteht das Hauptziel zur Verringerung des Haushaltsdefizits darin, die Produktion – die Grundlage der Steuereinnahmen – zu steigern und unnötige Haushaltsausgaben zu senken. Deshalb werden wir auch eine Politik korrigieren, die nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht hat.

Preisobergrenzen haben in der Praxis die Inflation nicht eindämmen können. Oft führten sie zum Verschwinden von Produkten, zu Umwegen in die Illegalität, zu höheren Preisen, geringeren Steuereinnahmen und einem unmöglichen Wettlauf zwischen den realen Preisen und Verwaltungsentscheidungen, die stets zu spät kamen oder unter Missachtung der sich wandelnden wirtschaftlichen Realität unverändert blieben, wodurch all jene eingeschränkt wurden, die ihre wirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen der Legalität und auf transparente Weise ausüben wollen. Deshalb werden wir, wie der Premier Minister erklärte, keine allgemeinen Preisobergrenzen mehr festlegen. Es gilt, Verzerrungen im Steuersystem zu korrigieren, die heute die Produktionsketten verteuern und sich letztendlich auf den Endpreis auswirken.

Wir werden auf eine abzugsfähige Mehrwertsteuer (MwSt.) hinarbeiten, die schrittweise durch die elektronische Rechnungsstellung gestützt wird, um eine Kaskadenbesteuerung zu vermeiden. Diese Entscheidungen können jedoch nur in Verbindung mit einem direkteren und effektiveren Sozialschutz umgesetzt werden, wobei der Schwerpunkt von der Subventionierung von Produkten auf die Subventionierung von Personen verlagert wird und Anstrengungen unternommen werden, die Kaufkraft von Löhnen und Renten wiederherzustellen. Es geht nicht darum, irgendjemanden dem Markt allein zu überlassen, sondern darum, besser zu schützen, mehr zu produzieren, intelligent zu regulieren und realistisch zu ordnen.

Wir brauchen ein Finanzsystem, das die Wirtschaft begleitet, für die verschiedenen Wirtschaftsakteure funktional ist, Warteschlangen verkürzt, Zahlungen erleichtert, Transaktionen transparent macht und Sparen, Kredite und Investitionen in konkrete Entwicklungsinstrumente verwandelt.

Das Bank- und Finanzsystem des Landes muss grundlegend modernisiert werden. Dazu braucht Kuba flexiblere, digitalere Banken, die bürgernäher sind und denjenigen besser dienen, die produzieren, exportieren, importieren, investieren oder unternehmerisch tätig sind.

Wir werden unter strenger Regulierung Raum für private und ausländische Finanzinstitute schaffen; neue Mechanismen für Kredite, Produktionsfinanzierung, die Entwicklung von Finanzmärkten und Zahlungsdienstleistungen, an denen staatliche, genossenschaftliche und private Akteure teilnehmen können. Das Ziel ist es, dass das Einlösen einer Rente, der Erhalt einer Überweisung aus dem Ausland, die Bezahlung einer Dienstleistung, die Beantragung eines Kredits, die Finanzierung einer Ernte, der Kauf von Ausrüstung oder der Transfer von Geld für Produktionszwecke kein Hindernislauf ist.

Wir werden Auslandskonten, Zahlungen in Fremdwährungen zwischen Unternehmen und überprüfbare internationale Transaktionen für Akteure ermöglichen, die importieren, exportieren oder globale Dienstleistungen erbringen.

Es geht nicht darum, die Rolle des Staates zu schwächen, sondern die Fähigkeiten des Landes zu erweitern und zu modernisieren, um die Produktion zu finanzieren, diejenigen zu unterstützen, die Güter und Dienstleistungen erbringen, die Geldströme zu ordnen und unserem Volk einen besseren Service zu bieten.

Wir werden die digitale Transformation, Software und künstliche Intelligenz zu übergreifenden Instrumenten machen, um die Landwirtschaft, den Energiesektor, das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, den Außenhandel, das Bankwesen, den digitalen Handel, die Logistik, den Tourismus und die Steuerkontrolle weiterzuentwickeln.

Konkrete Vorschläge in den Bereichen Software, künstliche Intelligenz, Wissenswirtschaft und digitale Wirtschaft müssen als bereichsübergreifende Infrastruktur präsentiert werden, um die nationale Produktivität zu steigern. Es geht nicht nur darum, Software zu exportieren, sondern auch darum, Zahlungsverkehr, Steuern, Außenhandel, Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Energie, Logistik, Verwaltung und Statistik zu digitalisieren.

Was den Tourismus und das Immobiliengeschäft betrifft, müssen neue Geschäftsmodelle unter Einbeziehung aller Wirtschaftsakteure umgesetzt werden. Es gilt, einen produktiven, regulierten Immobilienmarkt zu entwickeln, der Folgendes umfasst: die Vermietung ungenutzter staatlicher Räumlichkeiten, die Vermietung von Gebäuden, Geschäftsräumen, Hallen, Lagerräumen, Büros, touristischen Einrichtungen, Werkstätten und Industrieflächen, Kon-

zessionen, Nutzungsrechte an Immobilien sowie transparente Ausschreibungen für staatliche, private, genossenschaftliche oder gemischte Akteure.

Wir haben über den Import von Kraftstoff und all das gesprochen, was dem privaten Sektor geöffnet wurde, aber jetzt geht es darum, dies mit angemessenen, transparenten und nicht ausbeuterischen Gewinnspannen zu erreichen.

Was den Import von Fahrzeugen betrifft, so gilt es, alle Einfuhrhemmnisse zu beseitigen, dem Import von Elektrofahrzeugen Vorrang einzuräumen und natürlich die »Solineras« (Solarladestationen) auszubauen.

Ich weiß, dass die teilweise Dollarisierung der Wirtschaft, die Inflation und der Mangel an vielen Produkten in Landeswährung zu Recht Anlass zur Sorge geben. Wir werden dieses Problem nicht ignorieren. Die Geschäftsmodelle, die wir in Devisen genehmigen, müssen direkt und nachprüfbar zu einem Anstieg der Deviseneinnahmen beitragen, der die Aufrechterhaltung des Angebots in Landeswährung ermöglicht.

Es müssen strengere Anforderungen an die Nutzung digitaler Zahlungsplattformen gestellt werden. Die Genehmigungen für den Groß- und Einzelhandel müssen ausgeweitet werden, um Zwischenhändler zu eliminieren, und die elektronische Rechnungsstellung muss definitiv eingeführt werden.

Lohnbarrieren, die die Bindung von Talenten und hochqualifizierten Arbeitskräften in den produktiven, exportorientierten, technologischen, energetischen und agroindustriellen Sektoren verhindern, müssen beseitigt werden, und es muss eine variable Vergütung in CUP und Devisen ermöglicht werden, die an nachweisbare Ergebnisse bei Exporten, Einsparungen bei Importen, bei Steigerung von Produktivität, Innovationen oder Energieverfügbarkeit oder bei Auslandsverkäufen gekoppelt ist.

Was die E-Regierung, öffentliche Daten und intelligente Kontrolle betrifft, muss die elektronische Rechnungsstellung für mittlere und große Steuerzahler schrittweise und verbindlich eingeführt werden; anschließend sind KKMU und Selbstständige mit einfachen, an die tatsächlichen Netzverbindungen angepassten Tools einzubeziehen.

Das Nationale Statistiksystem und das ONEI (Nationales Amt für Statistik und Information) müssen durch die digitale Erfassung von Daten aus Unternehmen und Einrichtungen, die Veröffentlichung über öffentliche Anwendun-

gen mit künstlicher Intelligenz sowie den Schutz sensibler Daten modernisiert werden.

Künstliche Intelligenz muss genutzt werden, um Verwaltungsabläufe zu vereinfachen, gescannte Dokumente zu verarbeiten, Fehler zu erkennen, Akten zu validieren, Dokumente zu authentifizieren und den Verwaltungsaufwand zu verringern.

Die Qualität der Dienstleistungen für die Bevölkerung muss verbessert werden, indem für jedes Thema neue Ansätze entwickelt werden.

Und ein Problem, das täglich das Leben von Millionen Kubanern beeinträchtigt, muss ernsthaft angegangen werden: die Sammlung fester Abfälle. Wir werden Projekte auf lokaler Ebene auf den Weg bringen, um die Sammlung, Behandlung und Entsorgung von festen Abfällen zu verbessern, wobei diejenigen, die das System am stärksten belasten, verantwortungsbewusst auch einen größeren Beitrag zu dessen Aufrechterhaltung leisten müssen.

Diese Lösung wird jedoch nicht nur staatlich sein, sondern auch ausländische Investitionen in den nichtstaatlichen Sektor, das Unternehmenssystem, die Gemeinden und kreative Initiativen einbeziehen, die dazu beitragen, Sauberkeit, Ordnung und Gesundheit in unsere Städte und Gemeinden zurückzubringen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Kuba braucht keine weiteren Verzögerungen, sondern Lösungen. Es geht nicht darum, weitere Büros einzurichten oder noch mehr Sitzungen abzuhalten, sondern konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Regieren bedeutet, Probleme zu lösen, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, Menschen zu begleiten und dafür zu sorgen, dass Entscheidungen zu echten Verbesserungen führen; denn in Kuba etwas zu schaffen, in Kuba zu investieren, in Kuba zu arbeiten und in Kuba zu bleiben, hängt auch davon ab, dass das Land in der Lage ist, Wege zu ebnen, klug zu organisieren und diejenigen zu unterstützen, die einen Beitrag leisten wollen.

Neben den wirtschaftlichen Möglichkeiten werden wir auch konkrete Räume schaffen, in denen junge Menschen in ihren Gemeinden aktiv werden können.

Das *Red Juvenil Comunitaria* (Jugend-Gemeinschaftsnetzwerk) soll ein Weg sein, auf dem junge Menschen herausfinden können, wo sie sich weiterbilden, wo sie Arbeit finden, wo sie ihrer Gemeinschaft dienen und wo sie eine Idee in ein konkretes Projekt umsetzen können. Dieses Netzwerk soll nützliche Initiativen in den Stadtvierteln koordinieren: die Wiederbelebung öffentlicher Räume, die Unterstützung schutzbedürftiger Menschen, kulturelle und sportliche Aktivitäten, die Ausbildung in Handwerksberufen und Technologien, die Kommunikation innerhalb der Gemeinschaft, Produktionsprojekte, lokale Beschäftigung und die Begleitung von gefährdeten Jugendlichen.

Es geht nicht darum, eine weitere Struktur zu schaffen oder junge Menschen nur einzuladen, um Anweisungen zu erhalten; es geht darum, ihnen Fähigkeiten, Werkzeuge, Wissen, Verantwortung und echte Räume zu geben, um den Ort, an dem sie leben, zu verändern; denn in Kuba zu bleiben muss auch bedeuten, einen Ort zu haben, an dem man nützlich sein, wachsen, lernen, führen und Zukunft gestalten kann – vom Wohnblock über die Schule und den Arbeitsplatz bis hin zur Gemeinde.

Wir kennen unser Land, wir wissen, wo die Hindernisse liegen, wo sich die Korruption versteckt, wo es zu viel Trägheit gibt und wo es an Scham und Würde mangelt.

Jede Maßnahme, die wir ankündigen, wird Verantwortliche, Fristen und Indikatoren haben. Wir werden darüber berichten, was vorankommt, was nicht eingehalten wird und was korrigiert werden muss.

Es wird Dinge geben, die wir – um sie vor denen zu schützen, die sie sabotieren wollen – diskret behandeln müssen. Martí hat uns bereits gelehrt, dass manche Dinge im Verborgenen bleiben müssen, um erreicht zu werden; doch Diskretion wird niemals eine Erlaubnis sein, dem Volk etwas zu verheimlichen.

Als Volk werden wir uns nicht nur zum Widerstand aufrufen; wir werden uns dazu aufrufen, zu schaffen, zu produzieren, zu entscheiden, zu kontrollieren, zu gedeihen und zu verändern, denn das, was wir heute beginnen, wird nicht von einer Regierung allein vollbracht, das tun wir alle gemeinsam oder gar nicht: mit dem Bauern, der wieder sät; mit dem KKMU, das etwas wagt; mit dem Techniker, der das erste Solarpanel installiert; mit der Lehrerin, mit dem Arzt, mit dem jungen Menschen, der beschließt, zu bleiben und auf sein Land

zu setzen; mit dem im Ausland lebenden Kubaner, der die Hand ausstreckt; mit dir, mit mir, mit uns allen.

Wir werden die Probleme nicht leugnen, wir werden die Bürokratie nicht verteidigen, wir werden Talenten nicht die Tür verschließen, wir werden die Schwachen nicht im Stich lassen und wir werden niemals zulassen, dass das Leid dieses Volkes, verursacht durch die perfide imperialistische Blockade, gegen die Souveränität des Vaterlandes verwendet wird (Beifall).

Nichts wird unmöglich sein, wenn wir die Herausforderung als Chance und die Geschichte als Inspiration begreifen!

Céspedes, Agramonte, Maceo, Gómez, Martí, Mella, Villena, Guiteras, Che, Camilo, Almeida, Fidel und Raúl – all unsere Helden – standen in ihrer Zeit vor ebenso schwierigen oder sogar noch schwierigeren Herausforderungen als jene, denen sich die neue revolutionäre Generation heute stellen muss, und alle haben diese Herausforderungen mit Ehre und Ruhm gemeistert; selbst jene, die im Kampf gefallen sind, ohne den Sieg noch erleben zu können, denn sie haben uns Lektionen des Mutes hinterlassen, die bis heute Bestand haben, wie sich am 3. Januar dieses Jahres zeigte, als 32 kubanische Kämpfer im Kampf gegen Elitetruppen fielen, die ihnen zahlenmäßig und an Ausrüstung weit überlegen waren.

Keine Revolution hatte es leicht, und unsere Revolution hatte die Kühnheit, sechs Jahrzehnte Blockade, völkermörderische Gesetze, hybriden Krieg und eine ganze Reihe einseitiger Zwangsmaßnahmen zu überstehen, die keine andere Nation so lange ertragen hat oder ertragen würde.

Anlässlich des hundertsten Geburtstags des *Comandante en Jefe* Fidel Castro und des 95. Geburtstags des Armeegenerals Raúl Castro Ruz ist die beste Hommage, die wir dem bewundernswerten Werk unserer beiden historischen Revolutionsführer erweisen können, es zu verteidigen und seinen Kern der sozialen Gerechtigkeit zu bewahren, inmitten des Sturms aus Raubkriegen, Invasionsdrohungen und Prozessen der Neokolonialisierung, die wie der Siebenmeilenriese durch den Himmel ziehen und in diesen Zeiten ganze Welten verschlingen.

Wir sind alle aufgerufen, und gemeinsam werden wir siegen.

Es lebe das freie Kuba! (Rufe: »Es lebe!«)

Es lebe das heldenhafte kubanische Volk! (Rufe: »Es lebe!«)

Es lebe die Souveränität der kubanischen Nation! (Rufe: »Es lebe!«)

Sozialismus oder Tod!

Vaterland oder Tod! Wir werden siegen! (Rufe: »Wir werden siegen!«)

(Beifall.)

(Stenografische Fassung – Präsidentschaft der Republik)

Deutschlandfunk, 22.7.2026: USA schicken trotz diplomatischer Spannungen Hilfsmittel nach Kuba

Insgesamt sollen Hilfslieferungen im Wert von 100 Millionen Dollar aus den USA nach Kuba gebracht werden. Den Beginn machte ein Frachtflug aus Miami mit Hygieneartikeln und Lebensmitteln. Das berichtete die Zeitung „Miami Herald“.

Dem US-Außenministerium zufolge wird die Hilfe nicht über staatliche Stellen, sondern private und Wohltätigkeitsorganisationen an die Bevölkerung gebracht. Dabei spielt die katholische Kirche eine große Rolle. Außenminister Rubio, selbst Sohn kubanischer Einwanderer, sagte, die USA wollten Hilfe leisten, die die kubanische Regierung eigentlich bereitstellen sollte.

Kuba befindet sich in einer tiefen Versorgungskrise. Die kommunistische Regierung macht das Handelsembargo der USA und die jüngste Ölblockade dafür verantwortlich. Kubanische Oppositionelle sehen in der Planwirtschaft und der Korruption die Hauptursachen.

Die USA hatten der Regierung in Havanna vorgeworfen, internationalen linksextremen Terrorismus zu fördern. Die USA machen auch mit Sanktionen Druck auf Kuba.

Diese Nachricht wurde am 22.07.2026 im Programm Deutschlandfunk gesendet.

Nachrichtenagentur Reuters: USA schicken Hilfsflug nach Kuba

Die USA haben am Dienstag ein erstes Flugzeug mit Hilfsgütern nach Kuba geschickt. Dies sei der Auftakt eines neuen Unterstützungspakets im Umfang von 100 Millionen Dollar (87,52 Mio. Euro), teilte das US-Außenministerium mit. Um zu verhindern, dass das kommunistische Regime die Lieferungen abzweigt, werde die Hilfe - darunter Lebensmittel und Hygienepakete für bis zu 700 Familien - über die Hilfsorganisation „Catholic Relief Services“ direkt an die Bevölkerung verteilt.

21. 07. 2026

US-Außenminister Marco Rubio hatte das Paket im Mai angekündigt. Es soll den Menschen auf der Karibikinsel zugutekommen, während Washington gleichzeitig den Druck auf die Regierung durch Finanzsanktionen und blockierte Öllieferungen erhöht. Die Führung in Havanna hatte das Angebot zunächst skeptisch betrachtet und die USA für Stromausfälle und Engpässe verantwortlich gemacht, nahm die Hilfe nach Gesprächen mit der US-Regierung unter Präsident Donald Trump jedoch offenbar an.

Redaktion offen-siv: Zuckerbrot und Peitsche

Man muss sich das mal klar machen: Unter dem Mäntelchen „humanitärer Hilfe“ läuft eine Kampagne gegen die kubanische Regierung, die die Regierung als Räuber darstellt, die dem Volk Hilfsgüter stehlen würde. Deshalb wird ausgerechnet eine katholische Hilfsorganisation damit beauftragt, die Güter direkt an die Bevölkerung zu verteilen.

Da hängt sich jemand das Mäntelchen des barmherzigen Samariters um - zu dem Zweck, Misstrauen zu säen, einen Keil zwischen Volk und Regierung Kubas zu treiben und Kuba weiter zu destabilisieren.

Über die sozialen Verhältnisse in England

Heinz Ahlreip: An erster Stelle stehen die Arbeiterkinder

Ein Gespenst geht um in England, das Gespenst des offenen und hemmungslosen Ladendiebstahls ohne jegliche Scham. Es wird von einer Ladendiebstahlsepidemie gesprochen. Im Vergleich zu früher, als der Diebstahl heimlich und leise geschah, der oder die Täter/innen sich schämten vor dem Erkannt werden, ist ein Mentalitätswandel eingetreten. Heute geschieht es dreist in aller Öffentlichkeit.

Das Land ist bei steigender Rentenarmut und aller anderen Sozialdefiziten in die Tragödie der unabwendbaren Dekadenz geraten. Es ist dies keine Frage gesteigener Charakterlosigkeit, sondern gesteigerter Abstoßung von Tabus. Immens steigende soziale Not gebiert den Hunger, dieser den Tabubruch.

Gestohlen werden primär Milchpulver und Milch, Windeln, Brot und Baby-nahrung. Formalrecht und Revolutionsrecht haben die Plätze getauscht, die kriminelle Energie der bürgerlichen Eliten tritt deutlich zu Tage, die Kinder des Volkes verhungern zu lassen.

Marx hob immer die Feststellung Sismondis hervor, dass das römische Proletariat auf Kosten der Gesellschaft lebte, die bürgerliche Welt von heute aber auf Kosten des Proletariats.

Im Hintergrund steht u. a. eine explosive Erhöhung der Strom- und Gaspreise von 2025 auf 2026 um 18 Pfund im Monat, ab 2023 ist der Preis für fettarme Milch um 34 % gestiegen. 3 % Lohnerhöhung werden von 10 % Inflation lässig geschluckt. 2008 gab es 20 Tafeln mit abgedroschenen, nicht mehr ganz astreinen Lebensmitteln, der Gesundheit nicht immer bekömmlich, 2026 ist die Zahl auf 1400 Tafeln gestiegen.

Zweierlei ist besonders hervorzuheben: Wer gibt da von sich, dass England eigentlich - das Wort „eigentlich“ ist hier köstlich - ein reiches Land sei und dass sich die Klassengegensätze abstumpfen? Ganz offensichtlich die Feinde der Arbeiterklasse, denn Imperialismus bedeutet "die Unterordnung aller Schichten der besitzenden Klassen unter das Finanzkapital und die Aufteilung

der Welt unter fünf bis sechs Großmächte, von denen die Mehrzahl jetzt am Krieg teilnimmt" (1).¹

Und die Folge? Nach dem Internationalen Währungsfonds wird die englische Wirtschaft 2026/27 um 0,6 % schrumpfen. Die Schere zwischen arm und reich geht auseinander und verheizt einen Premierminister nach dem anderen, sei es ein konservativer Tory oder einer, der im Namen der geistigen Arbeit auftritt.

Heimgesucht werden nicht so sehr gut gesicherte Supermärkte, sondern der kleine Laden um die Ecke, auf den nichtmotorisierte ältere Menschen angewiesen sind, die nun in den Strudel der ebenfalls immer gewalttätiger ablaufenden Diebstähle geraten, bei denen ganze Regale leergeräumt werden. Schon spricht man von aktiver organisierter Kriminalität im Hintergrund. Viele dieser kleinen Läden stehen vor dem Bankrott.

Die Polizei, das kommt zu allem Missgeschick noch hinzu, trifft in der Regel erst 1 1/2 Stunden nach der Tat ein. Die Gewaltbereitschaft ist gestiegen, man spricht von der "Generation Messergewalt", die Einsätze der Krankenwagen bei unter 16jährigen hat sich in den letzten drei Jahren verdoppelt.

Das grässliche soziale industrielle Elend Englands, auf das bereits Friedrich Engels 1845 in seiner "Lage der arbeitenden Klasse in England" eindrucksvoll aufmerksam gemacht hatte, nimmt wahrlich immer katastrophalere Züge an. Die Hungrigen werden immer kränker, rascher Tod und Selbstmord stehen am Ende der Elendsbiografien.

Elendsbiografien allerdings, denn in den heruntergekommenen Quartieren wählt man zwischen kaum geheizten Räumen oder sehr kärglicher Mahlzeit im gereizten Bauch. Die imperialistische Bourgeoisie erweist sich als unfähig, dem Volk ein lebenswertes, gesundes Leben zu geben, das Gegenteil ist ihre ausdrücklich erklärte historische Mission, die sie nun zu erfüllen hat und auch mit Raketen und Panzern erfüllt. Es ist ein teuflischer Kreislauf, es liegt eine verzweifelte Armut vor, die an das viktorianische Zeitalter und an die Sozialkritik von Charles Dickens erinnert, manche Landstriche Englands sind ärmer als Landstriche in Rumänien.

¹ Die Anmerkungen findet Ihr am Ende des Artikels

Dabei hatte Marx im Vorwort zur ersten Auflage des Kapitals als führendes Land einer kommenden sozialistischen Umwälzung im Juli 1867 England benannt. (2)

Auch hier hat der Imperialismus alles auf den Kopf gestellt. In der Hauptstadt London herrscht große Wohnungsnot, und dennoch stehen Wohnungen leer. Nur reiche Ausländer, reiche Weltenbummler können sie sich leisten für ihre temporären Aufenthalte in London, sie erwerben diese für Londoner unerschwinglichen Nobelimmobilien auf internationalen Immobilienmessen. Die imperialistische Bourgeoisie entvölkert ihre Hauptstadt. In London verschlingen über 50 % der Wohnungen über 50 % des Lohnes, schon bei einem Drittel Mietanteil am Lohn steigen die psychischen Probleme.

Vor ein paar Jahren gab es noch staatliche soziale Anlaufstellen für sozial Schwache und Hilfsbedürftige, doch dieser der abartigen Monarchie verhaftete Vater Staat, der Unsummen für die Hofhaltung verschwendet, konnte sich nur als Rabenvater erweisen, die Anlaufstellen wurden geschlossen, stattdessen treten heute sozial engagierte Einzelkämpfer auf den Plan - ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie können den auf der Schattenseite Stehenden nicht die Hoffnung geben, im Gegenteil, immer mehr Menschen auch aus der Mittelklasse und in festen Arbeitsverhältnissen stehend verarmen zusehends. Die Armut nimmt sie in ihren das Leben abkürzenden Würgegriff.

Besonders schlimm geht es alleinerziehenden Müttern, sie hungern, damit ihre Kinder etwas essen können. In diesen Haushalten zählt jeder Penny, denn, wie der Volksmund richtig feststellt, das Geld fließt stets nach oben als habe es selbst keine Schwerkraft. Die Einkommensschwachen jonglieren mit bis zu drei Jobs, oft dient das Wochenende nicht dem Ausruhen.

Die internationale und englische Arbeiterklasse und die Kleinbauern müssen mit dem Mittelalter Schluss machen. Das ist leicht gesagt und alles spricht dafür, aber nicht jede revolutionäre Situation führt auch zu einer Revolution.

Nüchtern betrachtet: England ist ein Land, auf dessen Schultern der träge Klassenkompromiss lastet, hier ist auch der auf Grund des auf englischem Kolonialmonopol beruhende Opportunismus im großen Stil aufgetaucht im Namen einer Arbeiteraristokratie. Der Imperialismus führte zur Spaltung des Sozialismus.

Die Rolle der 1920 gegründeten und 1991 aufgelösten KP Englands war stets bescheiden, auch heute gibt es keine mächtige bolschewistische Partei. Der Weg zu einer schlagkräftigen kommunistischen Massenpartei ist noch weit, zumal für eine rote Revolution drei objektive Voraussetzungen erfüllt sein müssen:

1. Die herrschenden Klassen können nicht wie bisher unverändert ihre Herrschaft aufrechterhalten, es muss ein Riss entstehen.
2. Not und Elend der unterdrückten Klassen gehen über das gewöhnliche Maß hinaus
3. Die Aktivität der Massen steigert sich erheblich, "die sich in der 'friedlichen Epoche' ausplündern lassen". (3) Ohne diese objektiven Veränderungen kommt es zu keiner Revolution, sie ist unabhängig sogar vom Willen einzelner Klassen. (4)

Wir werden Zeuge, was politisch herauskommt, wenn man die Wirklichkeit falsch widerspiegelt. Diese falsche Widerspiegelung auf einen Nenner gebracht lautet: Nicht die dreckige kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse ist schuld an der sozialen Misere, sondern ein verfehelter, sprich: solidarischer, sprich: nicht egoistischer, sprich: nicht raubtierhafter Lebenswandel. So ist es kein Wunder, dass Arbeiter als Wesen aus einer anderen Welt aufgenommen werden. Da diese falsch ist, taucht im Internet eine Seite auf: "Fünf Arten, einen Arbeiter zu töten".

Je näher der Winter kommt, desto mehr kriecht die Angst die feuchten und schimmeligen Wände hoch, für die die britischen Wohnungen bekannt sind. Die Hälfte der Einwohner Englands hat Angst vor der dem Wintereinbruch. Mittlerweile gibt es über Tausend Wärmestuben im Land, dennoch erfrieren Menschen in sehr kalten Nächten, besonders in London.

In dieser Stadt zahlt man umgerechnet 1600 Euro für 45 Quadratmeter Wohnfläche, sechs Monatsmieten Mietsicherheit gehören zum Standard, manche exklusive Wohnanlage anbietende Vermieter sind so dreist, Entgelt für eine Besichtigung zu verlangen. Je näher der Winter kommt, desto mehr treten Fragen in den Vordergrund wie: Welche Zimmer sollen beheizt werden, welche nicht? Man legt sich mehrere Schichten Kleidung, Tischdecken und Decken zurecht. Das ist u.a. die bittere Folge, dass vor 30 Jahren der soziale

Wohnungsbau eingestellt worden ist. 6,7 Millionen Haushalte haben Probleme, ordentlich zu heizen. Und das Krankenhaussystem ist überlastet, Krankenschwestern arbeiten am Limit und sind am häufigsten an Streiks beteiligt.

Der Thatcherismus hatte das Kriegsfeuer gegen die Gewerkschaften und gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung eröffnet. Es kam zu einer Entstaatlichungssorgie, heute liegt zum Beispiel die Wasserversorgung in den Händen eines ausschließlich am Profit orientierten australisch-chinesischen Konsortiums, die Rohre in den Metropolen sind alt und marode, drei Milliarden Liter Wasser gehen täglich verloren. Die Bourgeoisie handelt mittlerweile nach der Devise von Madame Pompadour: Nach uns die Sintflut. Die Pompadours können frohlocken, die Schulden des Staates, die horrenden Summen, die er den Reichen mit offener oder verdeckter Hand zugeschoben hat, bezahlen immer die Ärmsten der Armen.

Seit 2008 spart eine Austeritätspolitik den Staat kaputt. Mittlerweile, so wird berichtet, essen Schüler aus Hunger Radiergummis, andere tun so, als äßen sie aus der Brotdose, machen die Hand hohl, als ob da Brot drin wäre. Jedes dritte Kind ist von Armut betroffen. Die Betroffenheit geht weit über die Arbeitslosen hinaus. Folgende Parolen sind aufgetaucht: "Enough is enough" (Genug ist genug), "The working class is back" (Die Arbeiterklasse ist zurück), "We feel like we are on a sinking ship" (Wir fühlen uns auf einem sinkenden Schiff). Die letzte kommt der Lageeinschätzung derzeit wohl am nächsten, die zweite muss von den Kommunistinnen und den Kommunisten zum Durchbruch verholfen werden.

Der Thatcherismus vertrat die äußerst vulgäre und primitive, gefährliche Auffassung, was für die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft gut ist, ist auch gut für das schuftende englische Volk. An Volksverachtung reiht sie sich in die faschistische Linie ein, wie sie wohl General Franco am prägnantesten auf den Punkt brachte: Um zu verhindern, dass Spanien marxistisch werde, sei er bereit, die Bevölkerung Spaniens zu halbieren. Madame Thatcher war eine glühende Verehrerin der kleibürgerlichen Devise: Ich reiße an mich, was ich kann, alles andere ist mir schnuppe. Sie wurde für das englische Volk eine Apostelin der Armut, gleichwohl sie am 1983 wiedergewählt wurde.

“Eine Familie mit drei Kindern im untersten Zehntel der Bevölkerung war 1996 um 625 Pfund ärmer als zu Beginn von Thatchers Regierungszeit. 1979 lebten 5 Millionen Menschen in Armut, 1992 waren es fast 14 Millionen.“ (5)

Jeder Mensch muss nach ihrer Auffassung ein Kapitalist werden. Mit dieser uneinlösbaren Weltsicht holte sie zum Doppelschlag gegen Industrie und Gewerkschaften aus. Nur die Arbeit zählt, die für sich selbst zu verrichten ist, dabei ist nur an sich selbst zu denken. Einer ihrer Kabinettsmitglieder sagte ganz richtig: „Sie hält die Arbeiterklasse für faul, betrügerisch, stur und minderwertig“. (6) Wer nicht mit Geld umgehen kann, setzte sie hinterher, leidet unter einer starken Persönlichkeitsstörung. Sie tat alles, ihre Zeitgenossen vom Klassendenken abzubringen.

Dieses hetze Menschen in Gruppen zusammen und hetze dann diese aufeinander, es liegt also eine totale Entwertung der Kollektivität vor, ein Amoklauf gegen die sechste These über Feuerbach, dass der Mensch das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist. (7) Durch diesen Lauf gelangt die Gesellschaftswissenschaft auf ihren denkbar tiefsten Punkt, nämlich dass es keine Gesellschaft gäbe, es gäbe nur einzelne Männer und Frauen und schließlich Familien, so vertraute sie der Frauenzeitschrift *Woman's Own* an. (8)

Durch diese intellektuelle Armut wurde der Acker gerodet, auf den heute die Armen Englands verdammt sind, zu vegetieren. Der antikommunistische Feldzug hinterließ eine Politik der verbrannten Erde. Ganze Städte waren ruiniert. Der furchtbaren sozialen Verelendung folgte die furchtbare Stigmatisierung der Welt der Arbeit. Explosionsartig stieg die Kriminalitätsrate an. 1981 wurde die Kriminalstatistik eingeführt, sie verzeichnete im ersten Jahr zwei Millionen Gewaltdelikte, am Ende der Regierungszeit der Konservativen waren es doppelt so viele. Der Zusammenhang zwischen barbarischer bürgerlicher Wirtschaftspolitik, die zur Massenarbeitslosigkeit geführt hatte und Gewaltkriminalität war leicht abzulesen, aber die Konservativen bornierten sich politisch in eine Sackgasse.

Der Zusammenhang der Ursachen von Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität interessierte die First Lady nicht, sie gab dreist von sich, Kriminalität sei eine Frage der persönlichen Entscheidung, nicht für eine der in vielen sozialen Profile zerfahrenen Milieus. Wer keinen Gewinn abwirft, hat keine Zukunft.

Unter Thatcher wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter vom Salz der Erde zum Abschaum der Welt. (9)

Auf dem Parteitag der Konservativen sagte Norman Tebbit den berühmten Satz: Mein Vater hat sich aufs Fahrrad geschwungen und so lange nach Arbeit gesucht, bis er eine gefunden hatte. "Schwing dich aufs Fahrrad" war die Kurzfassung des gesamten Thatcherismus (10), dessen Politik als barbarisch bezeichnet werden muss. Die Arbeitslosenunterstützung wurde zurückgefahren und von der Entwicklung der Einkommen abgekoppelt, imperialistische Politik wurde auf ihren reinsten Ausdruck gebracht: Der Faschismus der englischen Konservativen schließt jegliche Humanität und jegliches Mitleid aus, das Rousseau als Bestimmung menschlichen Zusammenlebens bestimmt hatte. Schwing dich aufs Fahrrad, runter von der sozialen Hängematte, denn die Armen haben sich die Armut selbst zuzuschreiben, arme Menschen sind als Versager zu betrachten.

Im Vorbeigehen bemerke ich noch, dass 1984 Thatcher nach dem ersten Treffen mit Gorbatschow, er war noch nicht Präsident der Sowjetunion, über diesen schwärmte, dass sei ein Mann, mit dem man Geschäfte machen kann.

Die heute als Folge einer im Imperialismus immer nur als verirrt möglich ablaufende Politik, die keine Zukunft hat, ins Auge fallende Ladendiebstahls- welle, die die in diesem Land herrschende, rapide ansteigende grässliche Armut anzeigt, steht nun aber unerwartet unter dem günstigen Stern mütterlicher Fürsorge. *Die Kinder stehen an erster Stelle*, lautet einerseits das Motto, andererseits aber besteht die Gefahr lumpenproletarischer Abweichung. Die Verarmung ist an eine Schwelle angekommen, dass Mütter, besonders kinderreiche und besonders alleinerziehende, ihre Kinder nicht mehr satt bekommen, andererseits sind Drogen mit im Spiel, so dass das arbeiterfeindliche Lumpenproletariat auf den Plan tritt, das eine progressive Entwicklung abbrechen kann, sich für reaktionäre Umtriebe kaufen lässt.

Wer setzt sich hier durch? Die Geschichte zeigt uns, dass in Krisen, die einen abstumpfen und gebrochen werden, besonders die Drogenabhängigen, "dafür aber die anderen aufgeklärt und gestählt" werden". (11) Die Kriminalstatistik für das Jahr 2025 sagt aus, dass über zwanzig Millionen Ladendiebstähle registriert wurden, 55900 Fälle am Tag, so der britische Einzelhandelsverband.

Die Ladenbesitzer wehren sich so gut sie können, stellen exklusive Artikel hinter Vitrinen und leere Verpackungen auf, greifen also zur List.

Von der Diebstahlschwelle sind besonders die Apotheken befallen, ein besonderes Kapitel. 2025 sind neunzig Prozent der Apotheken beraubt worden, die Täter haben es besonders auf verschreibungspflichtige Medikamente abgesehen. Das schnelle Geld liefern die Medikamentenabhängigen, der Verkauf erfolgt direkt auf den Straßen um die Ecke oder auf eBay und Facebook. Im August 2025 schlug der "Verband Unabhängiger Apotheker" Alarm angesichts der steigenden Gewaltbereitschaft, man komme mit ganzen Teams an, die Polizei sei überlastet und die Strafen viel zu gering: Für Ladendiebstähle unter 200 Pfund gäbe es eine Verwarnung oder eine Geldstrafe. Gerade an dieser Schraube will die Labour-Partei drehen: Auch kleinere Diebstähle mit härteren Strafen begegnen. So basteln Kleinbürger an der sozialen Frage herum.

Von der bürgerlichen Politik aus kann keine Lösung der sozialen Frage, die u.a. laut dem Kommunistischen Manifest in der Aufhebung des Privateigentums bestünde, erfolgen. Diese marode bürgerliche Gesellschaft hält sich trotz immer größer werdenden Löcher im sozialen Netz noch am Leben, weil nach Engels in ihr ein unterschwelliger Sozialismus noch um sich greift, die Solidarität der sogenannten kleinen Leute unter sich, während der bürgerliche Staat gegen sie arbeitet.

Geld für den äußeren Krieg gegen imperialistische Konkurrenten und gegen den inneren Feind in Gestalt der Arbeiterklasse, gegen die das Standrecht aufgeboten werden wird - ein Punkt, den die bürgerliche Journaille ganz bewusst im Dunklen lässt - ist allzeit vorhanden.

Wenn alleinerziehende Mütter einen Diebstahlsauftrag erteilen und die Ware dann für den halben Preis erwerben, so hat die professionelle Ladendiebin ihr schnelles Geld etwa zu Weihnachten gemacht und ein Baby einen warmen Schlafanzug im Winter bekommen, denn nur selten kann die komplette Wohnung beheizt werden. Hier wirkt bereits ein unterschwelliger Sozialismus, von dem Engels sprach. Und die "Diebin nach bürgerlichen Maßstäben" verweist zu Recht auf die Geschäftsführer, die durch ihre horrenden Gehälter das arbeitende Volk bestehlen und es durch die Diebin argumentativ doch keine Opfer gibt.

Gearbeitet wird nicht des nachts, sondern zu den Stoßzeiten, hier agieren die wirklichen Sozialarbeiterinnen wie Fische im Wasser, in der Deckung durch die Menge. Das hat sich eingespielt, alleinerziehende Mutter und eine Partnerin, die das Herz auf dem rechten Fleck hat, für die die Kinder der Armen an erster Stelle stehen.

Was soll hier der lauwarne Aufschrei eines Rechtspositivisten wie Kant einer war: "Allein es ist Unrecht". Lass den Philister sein Recht haben, an erster Stelle steht der Schlafanzug für ein Baby in einer kalten Wohnung.

Ekel muss vor schwarzweißen bürgerlichen Roben aufkommen, diesen Ungeheuern in Kutten, die Babys den Schlafanzug von ihrem zierlichen, bibbern-den Körper reißen. Die Zahl der alleinerziehenden Mütter hat sich von 1971 bis 1991 verdoppelt, sie werden als zuwendungssüchtig und arbeitsscheu stigmatisiert. Stigmatisiert im wahrsten Sinne des Wortes, wenn der Sozialminister Peter Lilley opferverunglimpfend zu einer Operettenmelodie trällert: "Ich habe eine kleine Liste, eine kleine Liste junger Damen, die Kinder kriegen, um sozial zu wohnen". (12)

Die Arbeiterklasse ist unter dem bürgerlichen Terror einer ständigen Demoralisation unterworfen.

All diese bürgerlichen Polizisten, Advokaten, Sozialpfaffen, Richter und Rechtsverdreher erweisen sich als bössartige Volksfeinde, denen schon Voltaire auf die Finger schaute und ihn zu der Aussage zwang, die Kunst der Politik bestehe einzig und allein darin, das Geld einer Klasse in die Taschen einer anderen zu transferieren.

Eine Revolution sei erforderlich zur Gründung einer neuen Gesellschaft, so Rousseau, Voltaires Gegenspieler, ihr Inhalt besteht in der Totalumkehrung einer verkehrten Gesellschaft. Wir wollen doch nicht die gute alte Losung über Bord werfen: Eigentum ist Diebstahl, oh Mutter, mir wird so schwindelig im Kopf, der mit flachem Rationalismus ausgefüllt ist.

Wer erfüllt die Worte Robespierres eher: Keinen Vertrag, keinen Waffenstillstand mit Personen, die es nur auf die Ausplünderung des Volkes abgesehen haben: Der vollgefressene Geschäftsführer eines Super-Supermarktes oder die diebische Sozialarbeiterin, die Babys vor Hunger schützt und vor dem Erfrie-

rungstod bewahrt. Man braucht diese Frage ja bloß zu stellen und schon zeigt sich, auf wessen Seite weitere Verwahrlosung droht.

Die heute als Vertreter ihrer eingehenden, verwelkenden bourgeoisen Klasse die Verarmung der Arbeiterklasse und Kleinbauern zum Lebensinhalt erheben müssen, denen Geld mehr als Menschen bedeutet, deren Leben faschismusaffin mit einer antihumanistischen Grundeinstellung eingeschwärzt ist, müssen vorweg eine theoretische Verarmung angelegen sein lassen, die Reduktion der wahrlich unendlichen Mannigfaltigkeit der Wirklichkeit, die für Lenin heilig ist, (12) auf *Eindimensionalität*.

Sie sammeln Vorteile über Vorteile und Vorurteile über Vorurteile, um die sie ein ehrlicher Mensch nicht beneidet. Denn sie bewirken die Ausblutung der Völker, dass die Arbeiter und Kleinbauern sich immer ärmer schuften bis hin zum
Pauperismus.

Das ist die eine Seite der Dämonisierung der Arbeiterklasse, die andere ist die ideologische. Owen Jones hat 2011 sein Buch "Prolls" über die englische Arbeiterklasse mit dem Untertitel versehen: Die Dämonisierung der Arbeiterklasse.

Diese ist das Triumphgeheul der Reichen, die seit dem Sieg des Thatcherismus, der die Vertreibung der Arbeiterklasse aus Politik und Medien zur Folge hatte, sich von unten her nicht länger bedroht fühlen. Ideologischer Manipulierung war es gelungen, mit Hilfe einer perfiden Würfelverdrehung am Wort "Schmarotzer" den Schwarzen Peter den Produzenten zugunsten dem faulen Elitenpack zuzuschieben. Die Gefahr wurde Usus in einer Gesellschaft, die die Weichen mit der Vertauschung von Arbeitgeber als den Aneignern des Mehrwerts bereits vorbestellt hatten.

Die bürgerliche Gesellschaft als Minderheitenherrschaft kann sich nur mit einem verdrehten Würfel um den Hals blenden. Ideologie verdreht die Tatsachen, die meisten Armen arbeiten nämlich entgegen der Schmarotzerhetze die behauptet, dass sie sich tagein tagaus morgens vom Schlafzimmer zum Wohnzimmer bewegten, da läuft der Fernseher, und abends nach Programmende zurück.

Tatsachenverweise bilden die Grundsteine gegen exaltierte Ideologien als künstliche Übersteigerungen. Natur war schon für bürgerliche, also selbst noch der ideologischen Verblendung zum Opfer Gefallener geistiger Arbeiter der Entschlüsselungsreiz, angeblich die feudale Gesellschaft ins Reine zu bringen. Nur kurz war dann auch das Schaukeln im Hochgefühl dieser ohnehin verfehlten Wirklichkeitswiderspiegelung, denn Marx und Engels sprechen im Manifest von einem mehr oder minder versteckten permanenten Bürgerkrieg innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.

2008 hat es der Evolutionspsychologe Bruce Charlton auf den sozialdarwinistischen Punkt gebracht: "Arme haben einen niedrigeren IQ als Reiche, und das bedeutet einfach, dass ein viel geringerer Prozentsatz von Arbeiterkindern die Aufnahmekriterien unserer Eliteuniversitäten erfüllen wird". (13) Das braucht uns nicht unruhig zu machen, die Reichen sind nämlich so dumm, die Tatsachen der Klassen im Kopf abzuschaffen, indem sie das *Wort* "Klasse" abschaffen. Keine Wissenschaft basiert auf Wünschen. Dass Großbritannien heute eine klassenlose Gesellschaft sei, ist der Standpunkt in einem dunklen Wald.

Dass ist auch der Tenor, der uns millionenfach aus der Boulevardpresse entgegenschallt. Wie wichtig antiproletarische Stimmungsmache ist, wurde deutlich an der Entführung zweier Mädchen: Madelaine Mc Cann, drei Jahre alt, entführt im Mai 2007 und Shannon Matthews, 9 Jahre alt, entführt im Februar 2008. Die erste stammt aus einem reichen Elternhaus, die zweite aus einem armen, für den oder die Finderin der ersten kamen zusammen 2,6 Millionen Pfund; für die zweite 50000 Pfund. Das Leben der reichen Madelaine war also 50 x wertvoller als das von Shannon.

Diese Dämonisierung verläuft über die Individualisierung sozial-kollektiver Probleme, nicht ein Ismus sei schuld, hier der Kapitalismus, sondern ausschließlich persönliche Fehler der Arbeiterin und des Arbeiters.

Der Sozialdemokratismus, das Hauptschild des Kapitalismus, den er im Kern nicht durchleuchten möchte, weil er ihn beibehalten will, vertritt das schon lange, spätestens seit seiner Entartung am 4. August 1914, als er den imperialistischen Kriegskrediten des kaiserlichen Deutschlands zustimmte.

Ein Bienenschwarm klein- und großbürgerlicher Ideologen mit schmerzhaften Stacheln umschwirrt die Werktätigen mit Boulevardblättern, die, sie verhöhn-

nend, ihnen die Weltsicht der Bourgeoisie unterjubeln. Steht erst das Bild in der Vorderhand, folgt die Entblößung des weiblichen Körpers nach. Die Boulevardpresse hat den Bogen raus, wie man mit Bildern statt mit Worten Politik betreibt, wie man das Volk raffiniert mit Einsatz weiblicher Reize hinters Licht treibt.

Mit der ideologisch zu zerstäubenden, unorganisierten Arbeiterklasse wird Schindluder getrieben. Die öffentliche Meinung, auf deren fundamentale Bedeutung im Getriebe der bürgerlichen Demokratie Rousseau 1762 in seinem Gesellschaftsvertrag als erster vehement hingewiesen hat, wird mit bürgerlicher Ideologie eingepudert. Zum Beispiel kurbelt der Boulevard den Sozialbetrag der Armen grell an und verbirgt, dass auf diesen weniger als 1 % der Sozialausgaben fallen, während verschwiegen wird, dass der Steuerbetrug der Reichen 60-mal größer ist. (14)

Die bürgerliche Presse heizt eine spezifische Stimmung an, in der sich die Bourgeoisie wohl fühlen kann, aber Angelhaken über die Arbeiterklasse heruntergelassen werden. Als im August 2011, zur Zeit des Arabischen Frühlings, nach der Ermordung des 29jährigen Schwarzen Mark Duggan in London/Tottenham durch die Polizei schwere Unruhen und Streiks in allen Metropolen Englands ausbrachen, London vor lauter Flammen so hell war wie in der Nacht vom 14. auf den 15. August 1940, als unter dem NS-Code "Mondscheinsonate" Bomben fielen, war die Stimmung aufgeheizt.

Eine alleinerziehende Mutter zweier Kinder, an Unruhen nicht beteiligt, erhielt in Manchester fünf Monate Gefängnis, weil sie ein Paar aus einer Plünderung stammende Shorts angenommen hatte. Die Polizei in Manchester war stolz.

Junge Schwarze gaben vor Fernsehkameras an, dass die Polizei sie dauernd kontrolliert, einen zwölfjährigen, als er für seine Mutter Milch holte. Im Zusammenhang mit den Arabischen Frühling kam die Parole auf: "Wir sind die 99%". Am 30. November 2011 kam es zur größten Streikerhebung seit dem Generalstreik von 1926, in dem die Bergarbeiter wie im ganzen 20. Jahrhundert die Speerspitze der Gewerkschaftsbewegung bildeten.

Eindimensionalität der 1% wird eingeeimpft bis hin zu verhängnisvollen Denkblockaden. Anstelle von sozialen Problemen tritt einzelnes moralisches Fehlverhalten. Komplexe soziale Probleme werden nicht zu Ende gedacht, nicht

einmal durchdacht, sondern auf vermeintlich individuelles Fehlverhalten reduziert. Die Konterrevolution lässt alles auf Eins einschrumpfen, lässt den Menschen als Versager innerlich zerbrechen. Eifrig wird an den Konjunktionen arm-faul-dumm geschraubt. Nur so, unter der Prämisse der Isolierung, die ihn als minderwertig abstempelt, wird der Mensch als Mensch anerkannt, dass er sich bloß nicht als Klassenwesen erkenne und anerkenne, bloß nicht als "ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse", wie es in der sechsten These über Feuerbach heißt.

Das Gegenteil vertritt das konterrevolutionäre Ideal: Der Mensch als fensterlose Monade, im Gefängnis ausharrend, ohne dass eins existiert. Das ist die hohe und zugleich niedrige und erniedrigende Kunst der kapitalistischen Herrenmenschen und ihrer ideologischen Hexenmeister, die Arbeiter und Kleinbauern, die die übergroße Mehrheit des Volkes stellen, zum Kaninchen abzurichten, dass vor der Schlange mit ihrer zischenden Zunge erstarrt. Für die Untertanen sind die herrschenden Ideen die der Herrschenden.

Der liberale Intellektuelle ist darüber hinaus, aber er bedenkt nicht, dass bürgerliche Ideologie über eine bornierte Boulevard-Presse verfügt, mit der ordentlich gegenrevolutionäre Politik betrieben wird, sich in Stereotype einschmeichelnd und Vorurteile zementierend.

Zur falschen Autonomie kommt die falsche Nivellierung: Wir sind alle Mittelschicht hieß es unter der Londoner Regierungszeit von Ministerpräsident Gordon Brown von Januar 2007 bis Mai 2010, als er eine wirtschaftliche Entwicklung ohne zyklische Krisen in Aussicht stellte. Wir ziehen alle an einem Strang, vernahm sich Finanzminister Osborne. Und: Das einzelne Selbst sei in seinem Lebenslauf selbst verantwortlich für es einschränkende Missgeschicke. Rückschläge sind nicht auf gesellschaftliche Ungleichgewichte zurückzuführen.

Das sind zwei tragende Säulen der Konterrevolution, so wird eingewaschen: Einebnung der Klassenwidersprüche zu einer schwammigen Homogenität, von Volksgemeinschaft irgendwie, die Torys (Konservativen) setzten zum Beispiel auf die nationale Karte und wurden durch sie zur erfolgreichsten Partei des Westens und zweitens: Einzelkämpfertum. Das ganze 20. Jahrhundert hatten sie den Schirm "One Nation", aufgespannt, der Partikularismen appraseln ließ. Die Partei hielt sich oben, nachdem sie anderen gerade genug zuge-

stand. (15) Die Herrschaft der konservativen basiert auf der richtigen Berechnung der Dosis Zuckerbrot. Zum Einzelkämpfertum: Jeder für sich und Gott für uns alle, das ist eine Funktionsweise des Kapitals. Solange es Geld für wenige gibt, und das ist Usus in vom Kapital geprägten faschismusaffinen Gesellschaften, gibt es Gott für alle, kostenloses Opium, dieses ist die Ausflucht, wenn jeder für sich allein kämpft.

Deshalb muss marxistisch-leninistische Aufklärung immer wieder Fakten anführen und kapitalistische Ideologien als Phantasiegebilde entlarven. Gegen das Glück, dessen Schmied angeblich jeder selbst ist, als gäbe es keine Ereignisketten, denen wir hilflos ausgeliefert sind, als könne man sich seine soziale Herkunft aussuchen, als hätte die Vergangenheit nicht die bleierne Vorherrschaft über die Gegenwart (Marx und Engels weisen im Manifest darauf hin) ist auf das aktuelle Sozialgefälle zum Beispiel von London zu verweisen, ganz nüchtern die KI: *"Das Sozialgefälle in London hat sich 2026 weiter verschärft. Rund 27 % der Bevölkerung leben in Armut, was primär auf die horrenden Wohnkosten zurückzuführen ist. Etwa ein Drittel der Kinder wächst in Armut auf und Hunderttausende Haushalte sind auf Sozialwohnungen angewiesen oder leben in einer Obdachlosenkrise"*.

Die Primärquelle sind natürlich nicht horrenden Wohnkosten, sondern die kapitalistische Ausbeutung der Lohnarbeit Londons. Die KI liefert zwar ab, aber nur was ihr als Künstliche vorgegeben, nicht als menschliche möglich ist. Also keine Furcht vor der beschränkten KI. Aus der gleichen Quelle: Die Lebenshaltungskosten in Paris sind auch gestiegen, sie liegen bei 1800 € netto im Monat, was nicht zur Deckung von Wohnkosten und Lebensmitteln hinreicht. Man kann weder in London noch in Paris sein Glück schmieden, aber ganz schnell die bleibende Tellerwäscherei zu betreiben haben und den lebenslang anhaftenden Ruin einstecken müssen.

Die Welt befindet sich nach den eindimensionalen Zeitgenossen also im Modus ihres Stillstandes, diese ist zwar Einheit der Gegensätze, jedoch nicht nur, sondern vor allem ihr Kampf ist der Impuls aller Lebendigkeit. Die Welt lebt durch ihre Widersprüchlichkeit hindurch, gelangt durch diese zu sich, zu vorübergehenden, also relativen Wahrheiten, wie zum Beispiel, dass der Konkurrenzkapitalismus ungefähr ab 1900 in den Monopolkapitalismus umgeschlagen ist, das Finanzkapital bestimmt heute alles. Die Welt bleibt also nicht die gleiche.

Konterrevolutionäre Ideologie muss die Gegensätze bannen, dass sie nicht zum Ausbruch kommen. Leugnung eines gesellschaftlichen Klassenkampfes, eine Verneinung der Bürgerkriege, dass die Welt die gleiche wie gestern ist, Nietzsches ständige Wiederkehr des Gleichen, dazu halten die Experimente scheuenden Gestrigen uns an. Das Moment der Überraschung liegt also ganz bei den Mitdenkenden, die den Bürgerkrieg mit einkalkulieren.

Nach der realen Ausbeutung folgt in der Logik der Konterrevolution die persönliche Zerknirschung, so werden die Arbeiterin und der Arbeiter zurechtgebogen und zurechtgetreten und von der bürgerlichen Politik verhöhnt. In der Politik, sagt Lenin, sind die Menschen immer Opfer von Betrug und Selbstbetrug.

Das ist ihre Falle: Die Menschen seien unterschiedlich begabt, also sei der Gegensatz zwischen arm und reich ein gerechter und natürlicher.

Wir aber müssen nach Lenin lernen, lernen und nochmals lernen, um bürgerliche Ausbeutung und bürgerliche Verhöhnung zu durchschauen. Lenin lehrte uns auch, wie wissenschaftlich belanglos es ist, von persönlichen Biographien von Autoritäten in eignen Textkonzepten auszugehen. Eine Biographie ist das Beiher-Spielende. Eine wissenschaftliche Untersuchung ist interessiert an der Untersuchung des historischen Ursprungs der Bedingungen, der Bedeutung und der Kraft einer gesellschaftlichen *Strömung* und *wie* sie zu bekämpfen ist, wenn sie eine dem Proletariat feindliche ist. (16)

Eins teilt sich in zwei. Die Einheit ist relativ, der Kampf aber absolut. Die Ausrichtung auf die Einheit der Gegensätze führt in konterrevolutionäres politisches Fahrwasser, wir müssen die Decke hochheben, aufdecken. Es zeigt sich die wissenschaftliche Unzulänglichkeit des Einzelkämpfertums an, auf dass eine kapitalistisch ausgerichtete Ausbeutergesellschaft den Menschen immer wieder als auf seine Urzelle zurückstauchen, in seine rotierende Verblödung kreisen lassen muss. Der Zerstörung von Kollektivität ist lebensprinzipieller Teufelskreis, der in einer kapitalistischen Gesellschaft unendlich kreist und erst durch eine Arbeiterinnen- und Arbeiterrevolution in dem Orkus der Geschichte verschwindet, zunächst nicht für immer, wie die Geschichte der Sowjetunion belegt, wo das Netz versklavender Befangenheit wieder seinen Bann über die ganze Gesellschaft ausgeworfen hat - nicht trotz, sondern wegen Glasnost (Transparenz) und allem, was damit zusammenhing.

Durch die welthistorische Niederlage das hoffnungsvollen Experiments von 1917 durch den schleichenden Verrat seit der Ära Chruschtschow und dessen Vollendung in der Gorbatschow-Zeit atmet die fortschrittliche und arbeitsame Menschheit heute schwer und voller Sorgen, wird aber trotz selbstverschuldeter Zerstörung der Alternativfaszination, die die Sowjetunion vor allem auf der südlichen Halbkugel durchaus hatte, zurückkommen, hineingetrieben in den Vollbesitz ihrer revolutionären Schlagkraft.

Das Verkehrteste wäre, nichts von dem Weg zum roten Oktober mitzunehmen. Wie Kant 1798 im "Streit der Fakultäten" über die Französische Revolution schrieb, dass ein solches Phänomen sich nicht vergesse, so darf nicht alles vom Weg zur Sowjetunion und ihrem weiteren Weg vergessen werden. Die pauschale Verdammnis liegt ungehobelt in der Gestik der monomkausal gestrickten Konterrevolution, die die einfache Negation präferiert, nicht die immanente, die sich in den inneren Kreis der Stärke der Logik des Gegners stellt, um sie dann der Unzulänglichkeit zu überführen. Es ist zu unterscheiden zwischen revolutionärer und konterrevolutionärer Kritik an der Oktoberrevolution. Wir ignorieren die letzte keineswegs, wenn wir verstehen, sie richtig zu lesen. Wir verstehen umso besser, je mehr wir Klassenkämpfe als mehrseitige, möglichst allseitige lesen. Ebenso ist klar, dass Marxisten-Leninisten die eifrigsten materialistisch ausgerichteten Leser des Idealisten Hegel sein müssen.

Die Gegenrevolution sitzt zunächst immer am längeren Hebel. Was heißt das für die Berufsrevolutionäre Leninscher Prägung. Sie müssen rund um die Uhr gegen den Strom schwimmen, was sie abhärtet. Die Felsenfesten, von denen Lenin sprach, wurden von ihm ergänzt durch die die knochenbrechende Politik, um die die Bolschewiki beneidet werden. Wir beobachten in den Klassenkämpfen, dass die Linken den Klassenkampf predigen, den die Rechten bereits praktizieren. Die Kultur der Sprachpflege kann in Gift umschlagen.

“Die sozialistischen Parteien sind keine Debattierklubs, sondern Organisationen des kämpfenden Proletariats ...“ (17) Bewaffnete Organisationen sind gemeint, deshalb die Serie von Niederlagen des Proletariats. Eine zentrale Rolle spielt konterrevolutionäre Ideologie, die darauf insistiert, dass die Arbeiterklasse von sich aus unbewaffnet zu sein habe, denn wie Marx im “Bürgerkrieg in Frankreich“ schrieb: Die Bourgeoisie sieht sich als Nachfolger des Feudalherrn an, “der jede Waffe in seiner eigenen Hand für gerechtfertigt hielt

gegenüber dem Plebejer, während jede Waffe in der Hand des Plebejers von vornherein ein Verbrechen ausmachte“. (18)

ANMERKUNGEN:

1. Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, Werke, Band 21, Dietz Verlag Berlin, 1960, 222
2. Vergleiche Karl Marx, Das Kapital, Werke, Band 23, Dietz Verlag Berlin, 1960, 15
3. Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, Werke, Band 21, Dietz Verlag Berlin, 1960, 206
4. Vergleiche a.a.O., 207
5. Owen Jones, Prolls, Die Dämonisierung der Arbeiterklasse, Verlag André Thiele, Mainz, 2012, 98
6. Hugo Young, One of Us, London, 1990, 127
7. Vergleiche Karl Marx, Thesen über Feuerbach, Werke, Band 3, Dietz Verlag Berlin, 1960, 6
8. Owen Jones, Prolls, Die Dämonisierung der Arbeiterklasse, Verlag André Thiele, Mainz, 2012, 78
9. Vergleiche a.a.O., 103
10. Vergleiche a.a.O., 95
11. Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, Werke, Band 21, Dietz Verlag Berlin, 1960, 208
12. Vergleiche Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, Werke, Band 21, Dietz Verlag Berlin, 1960, 231
13. Vergleiche Emily Pykett, "Working classes are less intelligent", says evolution expert", in: The Scotsman vom 22. Mai 2008
14. Vergleiche Owen Jones, Prolls, Die Dämonisierung der Arbeiterklasse, Verlag André Thiele, Mainz, 2011, 12
15. Vergleiche a. a. O., 73

16. Vergleiche Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, Werke, Band 21, Dietz Verlag Berlin, 1960, 236f.

17. a.a.O., 204

18. Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Marx Engels, Ausgewählte Werke, Progress Verlag Moskau, 1975, 321

Imperialismus und ideologischer Kampf

Heinz Ahlreip: Die imperialistische Konterrevolution muss die materialistische Dialektik beiseiteschieben

Engels bezeichnete 1886 in seiner Studie über Ludwig Feuerbach genau diese Dialektik als unser, gemeint sind Marx und Engels, bestes Arbeitsmittel und unsere schärfste Waffe. Das musste unter den Feinden der fortschrittlichen Arbeiterbewegung Theoretiker auf den Plan rufen, die Zerstörungsfuer ausstoßen hatten und haben. In Deutschland waren dies u.a. die Revisionisten um Conrad Schmidt und Eduard Bernstein. Dieser Revisionismus war einer von vielen, andersgelagerten Attacks gegen den wissenschaftlichen Sozialismus, Dr. Arthur Mühlberger und Johann Most traten ihm zum Beispiel als Anarchisten entgegen.

Bereits 1898 in der Nr. 34 der Neuen Zeit setzte Bernstein in der zweiten Serie seiner „Probleme des Sozialismus“ starke Zweifel in die Theorie mit der Frage, inwieweit sei der moderne Sozialismus realistisch und inwieweit war er Ideologie, also nicht wissenschaftlich? Er forderte in gewisser Weise eine Rückkehr zu Kant. Konkreter meinte er die Rückkehr zum in mehrere Versionen herumgeisternden kategorischen Imperativ, dem Herzstück der kantischen Moralphilosophie, das 1785 in der Grundlegung zur Metaphysik der Sitten verankert war und der hier in zwei Versionen wiedergegeben sei: „*Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde*“ und zweitens: „*Handle so, als ob die Maxime deiner Handlung durch deinen Willen zum allgemeinen Naturgesetze werden sollte*“.

Kant denkt gesamtgesellschaftswissenschaftlich in der Kategorie eines Naturgesetzes, dem Ultraentwicklungshöhepunkt möglicher Gesellschaftswissenschaft.

Marx macht 1859 in den Grundrissen zur politischen Ökonomie naturgesetzlich verankerte objektive Entwicklungsgesetze in den Gesellschaftswissenschaften subjektunabhängig in den freizulegenden ökonomischen Grundstrukturen fest.

Der Sozialismus ist zum Beispiel keine subjektive Willensentscheidung zum Beispiel einer parlamentarischen Mehrheit. Dr. Allende zum Beispiel bezahlte diesen Irrtum mit dem Tod.

Es ist extrem wichtig aus dem marxistischen Wissenschaftsreichtum nach Hause zu tragen, dass die Menschen unter warenproduzierenden Bedingungen nicht wissen können, was sie tun.

Erstmal sichern, durchdenken, sich klar zu werden, was das eigentlich bedeutet, um dann dieses Wissen in die Klassenkämpfe hineinragen und verteidigen. Es ist nicht gut, den Übergang zur Praxis unmittelbar zu vollziehen, es ist doch klar, dass gerade im wissenschaftlichen Sozialismus gedacht und wieder gedacht, nachgedacht und wieder nachgedacht werden muss.

Kant hingegen spricht ein Einzelsubjekt an, er steht außerhalb der Massen- und Klassenbewegungen der modernen Gesellschaft, die keine Moral von Einzelsubjekten als Bauchbespiegelungen nach vorne stellt, sondern Klassenmoralen. Der Einzelwille setzt sich universalistisch identisch mit dem allgemeinen Willen. Was in Frankreich ein politisches Problem war, die zu erzielende Identität mit dem *volonté generale* Rousseaus, wird, wie es Hegel in der Phänomenologie des Geistes historisch nachverfolgt, ein Problem der Moral.

Bei Kant schrumpft alles in historisch 1789 überwundene Subjektivität zusammen, so kann es nicht zum Sozialismus kommen. Harmonisches Sicheinssein ergibt sich unter Umgehung des Klassenkampfes. Lenin und Stalin konnten nicht Wasser in Wein verwandeln und versuchten das auch erst gar nicht, stattdessen planten sie Bankausraubungen, um den Hungrigen von den Satten zu geben. Kant lehnt das ausdrücklich ab. Eine verhungernde Familie dürfe von einem kriminellen, verstorbenen Reichen nichts nehmen. Nach die-

sem kriminellen Moralisten müssten die Armen verhungern, so einen hohen Stellenwert hat das Gesetz für diese perversen Fetischisten.

Strenggenommen: es kann eigentlich eine Armutskriminalität gar nicht geben.

Gorbatschow war ganz Kantianer. Er streute mit seiner These vom Gleichgewicht der Vernunft zwischen Ost und West den Völkern Sand in die Augen, verstrickte sie in einer abstrakten allgemeinen Menschheitsduselei. Das war der Vorhang zu einer gigantischen Räuberpistole.

Die Befreiung der Arbeiterklasse liegt im Klassenrealismus von Marx nüchtern begründet. Im Elend der Philosophie von 1847 spricht er die wahren Verhältnisse des Klassenkampfes aus, dass es zwischen Proletariat und seinem Widerpart zum Kampf Mann gegen Mann kommen muss, zu einem veritablen Bürgerkrieg. (Vergleiche Karl Marx, Das Elend der Philosophie, Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960, 180).

Durch Typen wie Gorbatschow, Jelzin, Putin ... hat die arbeitende Menschheit über ein Jahrhundert lang umsonst gelebt. Es gibt in der ganzen Weltgeschichte keinen beschämenderen Aderlass - und das alles im Namen einer angeblich aufgeklärten Menschheit. Der Träger der Gorbatschow-Eseleien war größtenteils die kleinbürgerliche Intelligenz, die im Namen der Totalitarismus-Forschung ein Gleichheitszeichen zwischen Sozialismus und Kapitalismus gesetzt hatte. Wenn sowohl die Revolution als auch die Konterrevolution heeresmäßig aufeinander zumarschieren, gibt es natürlich zwischen beiden Seiten Identitäten, aber nur formale. Denn die revolutionäre Seite befreit die Menschheit von allen Klassenkämpfen, da von allen Klassen.

Schluss mit den vom Bürgertum vorgekauften Abstraktionen. Es gibt keine über den Klassen stehende Universal-moral. Der Marxismus-Leninismus dient nicht „der Menschheit“, auch nicht Gott, Allah und alle anderen Götter der Weltreligionen, sondern nur einer spezifischen Klasse direkt und einer indirekt: Er dient der internationalen Arbeiterklasse und den von ihr abhängigen Kleinbauern, sobald sie revolutionär auftreten.

Dietzgen der Ältere, über den Marx sagte: Jawoll - das ist unser Philosoph, bezeichnete die bürgerlichen Philosophen als diplomierte Lakaien der Pfafferei, er hatte Recht. Der Idealismus dieser Lackpaffen dient nur als Durch-

gangspassage für die Religion, 1914, 1939, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026 - immer werden immer gigantischer werdende Kriegsungeheuer gesegnet: Blut mit Weihwasser vermischt. Die genuin pervers gestaltete bürgerliche Gesellschaft kann und wird revolutionär umgestalten werden müssen, will denn die Menschheit überleben.

Dokumentiert: Thesen zur Betriebsarbeit

Kommunistische Gruppe Leipzig: Jeder Betrieb muss unsere Festung sein – Thesen zur Betriebsarbeit und der Notwendigkeit von Betriebszellen

Im Herbst 2025 nahmen wir am „Roten Gewerkschaftstreffen“ teil. Hier wurde Austausch zwischen Aktivisten geschaffen, die sich selbst der „roten Szene“ oder kommunistischen Organisationen zuordnen würden und in ihrer Praxis ggf. ein besonderes Augenmerk auf Betriebsarbeit legen wollen. Das Anliegen und die Initiative unterstützen wir sehr, stellten jedoch insbesondere in den Diskussionen fest, dass einige Aktivisten die Arbeit im Betrieb als ein Betätigungsfeld unter vielen sahen – gleichwertig neben bspw. Stadtteilarbeit, Kampagnen für Palästina, Beschäftigung mit der Unterdrückung der Frau, Klimakampf oder Ähnlichem. Oft wird die Betriebsarbeit dabei als ein Feld behandelt, mit dem man „raus aus der Szene und rein in die Arbeiterklasse“ will. Das ist löblich, macht es aber zu einem eher freiwillig ausgesuchten Arbeitsfeld und jede Betätigung, die ebenfalls verspricht, die Arbeiterklasse zu adressieren, könnte als gleichwertig angesehen werden. Das verkennet jedoch die systematische und zwingende Bedeutung der Betriebsarbeit und insbesondere die Bedeutung von Betriebszellen einer kommunistischen Partei für den Klassenkampf.

Dieses Nebeneinanderstellen vermeintlich gleichwertiger Teile der Praxis ist unter Linken und auch Kommunisten weit verbreitet und hat unserer Ansicht nach besonders drastische negative Auswirkungen auf kommunistische Organisationen, die den Aufbau einer kommunistischen Partei anstreben. Wir halten daher eine systematische und tiefergehende Auseinandersetzung mit der

grundlegenden Bedeutung der Betriebsarbeit und dem Aufbau von Betriebszellen als Basis einer (werdenden) kommunistischen Partei für zwingend. Das ehemalige Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Ossip Pjatnizki, hat unter anderem hierzu zwei wesentliche Texte verfasst:

Organisatorische Fragen (1925)

Die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder durch Überwindung der sozialdemokratischen Traditionen (1932)

Auf Basis dieser Texte stellen wir 10 Thesen zur Bedeutung von Betriebsarbeit und dem Aufbau von Betriebszellen zur Diskussion.

Grundthese

Betriebsarbeit ist das strategische Zentrum kommunistischer Politik, weil sie die materielle und organisatorische Verbindung zwischen kommunistischer Partei und Arbeiterklasse herstellt. Ohne systematische Betriebsarbeit kann eine kommunistische Politik weder die Arbeiterklasse erreichen noch den Klassenkampf wirksam führen. Zentrum der kommunistischen Betriebsarbeit und Basis ihrer Partei ist die Betriebszelle.

1. Im Betrieb liegt der Ursprung materieller Klassenverhältnisse

Die Arbeiterklasse ist nicht durch gemeinsame Überzeugungen oder ebenweisen bestimmt, sondern durch ihre gemeinsame Stellung innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Da sie über keine Produktionsmittel verfügt, ist sie gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihre Existenz zu sichern. Diese Klassenlage verbindet Lohnabhängige unterschiedlicher Branchen und Tätigkeiten. Im Betrieb beziehungsweise an der Arbeitsstätte wird dieses gesellschaftliche Verhältnis täglich praktisch vollzogen. Hier unterliegt die Arbeitskraft der Verfügung des Kapitals oder des bürgerlichen Staates; hier prägen Ausbeutung, Disziplinierung, Leistungsdruck, Konkurrenz und betriebliche Herrschaft den Arbeitsalltag. Gleichzeitig entstehen aus der gemeinsamen Stellung der Lohnabhängigen objektive gemeinsame Interessen und die materielle Grundlage für Solidarität, Organisation und kollektiven Kampf. Der Betrieb ist deshalb nicht nur der Ort, an dem sich die Klassenverhältnisse konkret verwirklichen, sondern auch der strategische Ausgangspunkt für den Aufbau der Gegenmacht der Arbeiterklasse.

Die kommunistische Partei als organisierte Avantgarde der Arbeiterklasse muss dort verankert sein, wo diese Verhältnisse praktisch wirksam werden und wo die potenzielle Macht der Arbeiterklasse begründet liegt.

2. Betriebszellen sind die grundlegende Organisationseinheit der kommunistischen Partei

Die Betriebszelle ist die zentrale organisatorische Einheit an der Basis einer kommunistischen Partei. In der Betriebszelle werden nicht nur betriebliche Fragen behandelt, sondern die gesamte Parteiarbeit organisiert – einschließlich politischer Bildung, Agitation, Propaganda, Internationalistischer Hilfe, Verbindung zu übergeordneten Strukturen der Partei uvm. Durch Betriebszellen als Basiseinheit stellt die Partei sicher, dass die politische Arbeit unmittelbar aus der konkreten Klassenlage heraus entwickelt wird.

Ausgehend von den Betriebszellen baut sich durch die Wahl von Genossen in strukturell übergeordnete Gremien die Kommunistische Partei auf. Dadurch wird bewusst ein Bruch mit Organisationsformen vollzogen, die sich primär nach Wohnort, Milieu oder losen politischen Zusammenhängen strukturieren. Nur die Verankerung im Betrieb stellt sicher, dass die Partei nicht organisatorisch und politisch von der Arbeiterklasse abgehoben wird. Andernfalls droht, dass die kommunistische Partei nur mangelhaft die Lage und Stimmung der Arbeiterklasse erfassen kann, sich die Ansichten der Arbeiter nicht in den Entscheidungen der Partei widerspiegeln oder die Partei ihren geistigen Einfluss auf die Arbeiter nicht sichern kann. Im Augenblick des Kampfes wird sie ohne Betriebszellen nicht fähig sein, die Arbeiter zu führen. Der schädlichen Rolle entkoppelter Funktionsträger, Postenklammerei sowie dem Aufbau zusätzlicher, unzweckmäßiger Organe und Strukturen wirken die Betriebszellen ebenfalls entgegen.

3. Organisationsformen außerhalb der Betriebszellen ergänzen und unterstützen die Arbeit der Betriebszellen, ersetzen sie jedoch nie

Organisationsformen in der Nachbarschaft (Straßenzellen) können die Betriebszellen dort ergänzen, wo Teile der Arbeiterklasse insbesondere von der Produktion ausgeschlossen sind (Arbeitslose, Rentner, ...). Hauptaufgaben der Straßenzellen sind die Agitation in der Nachbarschaft, das Verbreiten von Flugblättern der Partei sowie die Unterstützung der Partei bei Wahlkampagnen aber vor allem die Unterstützung der Betriebszelle von außen. Durch

übergeordnete, verbindende Parteistrukturen steht sie in Austausch mit Betriebszellen der näheren Umgebung. In Massenorganisationen (Gewerkschaften, Sport- und Kulturvereine, Mietervereine usw.) organisieren sich breite Teile der Arbeiterklasse auch außerhalb der Betriebe und artikulieren ihre unmittelbaren Interessen. Sie sind zentrale Orte, an denen Bewusstsein entsteht, Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Fragen sowie mit reformistischen und reaktionären Kräften geführt werden und um Einfluss auf die Arbeiterklasse gerungen wird. Kommunistische Arbeit in diesen Strukturen ist notwendig, um dort entstehende Kämpfe aufzugreifen, politisch zuzuspitzen und bürgerliche Kräfte zurückzudrängen, da diese Konflikte begrenzen und in systemkonforme Bahnen lenken.

Gleichzeitig können weder Straßenzellen noch Massenorganisationen die Betriebszellen ersetzen, denn sie setzen nicht unmittelbar im Zentrum der kapitalistischen Produktionsverhältnisse an. Erst die Betriebszelle stellt die direkte Verbindung zu den grundlegenden Klassenverhältnissen her und macht die kommunistische Partei zu einer im Klassenkampf verankerten Kraft.

4. Betriebsarbeit verbindet ökonomische und politische Kämpfe

Betriebsarbeit ermöglicht es, ökonomische Konflikte in ihrer politischen Bedeutung zu erfassen und politische Fragen auf ihre ökonomischen Grundlagen zurückzuführen. Konkrete Auseinandersetzungen im Betrieb – etwa um Arbeitszeit, Löhne oder Arbeitsbedingungen – machen die grundlegenden Interessen des Kapitals sichtbar und zeigen, dass staatliche und betriebliche Strukturen diese Verhältnisse stabilisieren. Umgekehrt werden politische Fragen wie Krieg, Krise oder ökologische Zerstörung als Ausdruck der inneren Logik kapitalistischer Produktion verständlich, insbesondere des Zwangs zur Mehrwertsteigerung und Expansion. Ausgangspunkt bleibt dabei stets die konkrete Erfahrung im Betrieb, aus der heraus Verallgemeinerung und politische Zuspitzung erfolgen. So entsteht Klassenbewusstsein aus praktischer Erfahrung und organisiertem Kampf, nicht aus abstrakter Theorie.

5. Betriebsarbeit ist Voraussetzung für die Mobilisierung der Arbeiterklasse

Die Fähigkeit der Arbeiterklasse, sich kollektiv zu organisieren und gegen das Kapital zu handeln, entsteht aus gemeinsamen Erfahrungen als Lohnabhängige. Im Betrieb werden Abhängigkeit, Ausbeutung und zugleich die Möglich-

keit gemeinsamer Gegenwehr unmittelbar erfahrbar. Nur durch kontinuierliche Verankerung im Betrieb können aus individuellen Konflikten kollektive Kämpfe entstehen. Ohne diese Grundlage bleiben Proteste vereinzelt, spontan oder politisch begrenzt und lassen sich leicht isolieren oder integrieren und Mobilisierung bleibt politisch wirkungslos.

6. Betriebsarbeit ist Voraussetzung für politischen Einfluss und Hegemonie der Kommunisten

Im Betrieb konkurrieren verschiedene politische Kräfte um Einfluss auf die Arbeiterklasse. Unterschiedliche Linien – kommunistische, reformistische oder reaktionäre – wirken unmittelbar auf Bewusstsein und Kampfformen ein. Wo keine organisierte kommunistische Präsenz existiert, setzen sich in der Regel Kräfte durch, die Konflikte begrenzen, individualisieren oder in systemkonforme Bahnen lenken. Politische Hegemonie im Betrieb bedeutet daher nicht nur organisatorische Präsenz, sondern aktiven Einfluss auf die Richtung, in die sich Klassenkämpfe entwickeln.

7. Betriebsarbeit ist die Grundlage für reale Führung der Kommunisten im Klassenkampf

Führung im Klassenkampf entsteht nicht durch Programme oder Positionen allein, sondern durch bewährte Praxis im gemeinsamen Kampf. Kommunisten müssen im Betrieb in der Lage sein, Konflikte zu erkennen und aufzugreifen, Kämpfe zu organisieren und zu koordinieren, politische Perspektiven überzeugend zu vermitteln sowie Kämpfe zu politisieren und zuzuspitzen. Diese Fähigkeiten entwickeln sich nur durch kontinuierliche Verankerung und praktische Erfahrung. Ohne diese Grundlage fehlt der Partei die Fähigkeit, in entscheidenden Momenten handlungsfähig zu sein und die Führung bleibt ein Anspruch ohne zur realen gesellschaftlichen Kraft zu werden.

8. Betriebsarbeit und Betriebszellen sichern die richtige politische Orientierung der Partei

Die direkte Verbindung zum Betrieb stellt sicher, dass politische Analyse, strategische Entscheidungen und organisatorische Ausrichtung auf der tatsächlichen Lage der Arbeiterklasse basieren. Nur durch diese Rückkopplung kann verhindert werden, dass politische Arbeit abstrakt bleibt oder sich an fal-

schen Prioritäten orientiert. Ohne diese Verbindung besteht die Gefahr einer schleichenden Abkopplung der Partei von der Realität der Klasse, wodurch politische Entscheidungen an Wirksamkeit verlieren und organisatorische Strukturen sich verselbstständigen. Betriebsarbeit und Betriebszellen sind die Voraussetzung dafür, dass Theorie und Praxis nicht auseinanderfallen.

9. Betriebsarbeit ist Grundlage für Mitgliedergewinnung und Kaderbildung

Die Entwicklung neuer Mitglieder und Kader erfolgt wesentlich aus der gemeinsamen Praxis im Betrieb. In konkreten Kämpfen zeigt sich, wer in der Lage ist, Verantwortung zu übernehmen, zuverlässig zu handeln und kollektive Interessen zu vertreten. Der Betrieb und die Betriebszelle fungieren damit als praktischer Raum politischer und organisatorischer Bildung. Kaderentwicklung ist nicht primär ein theoretischer Prozess, sondern entsteht aus der Bewährung in realen Auseinandersetzungen.

10. Betriebsarbeit muss systematisch und kollektiv organisiert sein

Wirksame Betriebsarbeit erfordert eine bewusste, kollektive und kontinuierliche Organisation innerhalb der Betriebszellen. Dazu gehören klare Aufgabenverteilung, verbindliche Verantwortlichkeiten und regelmäßige gemeinsame Auswertung der Arbeit sowie eine sinnvolle und zweckmäßige Leitung und Koordinierung durch übergeordnete Strukturen. Nur ein solcher Parteaufbau verhindert, dass politische Arbeit von einzelnen Personen abhängig bleibt oder unkoordiniert verläuft. Gleichzeitig wird dadurch sichergestellt, dass alle Mitglieder aktiv in die Parteiarbeit eingebunden sind und diese als kollektiven Prozess verstehen. So wird die Partei zu einem kollektiven Organisator und nicht zu einer Ansammlung einzelner Aktivisten.

Schlussfolgerung

Betriebsarbeit ist die materielle Grundlage kommunistischer Politik und der zentrale Ort, an dem sich die Verbindung zwischen Partei und Arbeiterklasse praktisch herstellt. Ohne systematische Verankerung im Betrieb und den Aufbau von Betriebszellen verliert die Partei den Zugang zu den realen Klassenverhältnissen und damit ihre Fähigkeit, politische Kämpfe zu organisieren, zu führen und zu verallgemeinern.

Wer die Betriebe organisiert, organisiert die Arbeiterklasse. Wer die Arbeiterklasse organisiert, schafft die Voraussetzung für die Machtfrage.

Aufrüstungspläne des deutschen Imperialismus

Reiner Kotulla: Weil Aufrüstung nicht nur reich macht²

„Anfang Dezember 2025 luden Verteidigungsminister Boris Pistorius und Wirtschaftsministerin Katherina Reiche Vertreter der Militärwirtschaft und der Autobranche ein, um die Unternehmen zu einer stärkeren Zusammenarbeit zu ermuntern. Laut Reiche verfüge die Automobilindustrie über Kompetenzen, die derzeit im Verteidigungsbereich dringend gebraucht würden.

„Leichtbau, moderne Antriebstechnologien, Sensorik, Software, hochpräzise Qualitätssicherung – all das lässt sich gezielt auf militärische Anwendungen übertragen“, erklärte Reiche. So wird die Aufrüstung auch zum Wachstumstreiber und Konjunkturprogramm.

Im vergangenen Jahr berechnete Professor Ethan Iletzki vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,9 bis 1,5 Prozent pro Jahr steigen könnte, wenn die EU-Staaten ihre Militärausgaben vom NATO-Ziel von 2,0 Prozent auf 3,5 Prozent des BIP anheben. Voraussetzung dafür sei aber, mehr heimische Waffen zu kaufen, so Iletzki, denn: „Nahezu 80 Prozent der europäischen Verteidigungsgüter werden von Herstellern außerhalb der EU importiert.“ Und wenn Pistorius verstärkt zu Hause einkauft, schafft er so auch eine Menge Arbeitsplätze. (...)

Kursanstieg der Aktie um 100 Prozent

Natürlich sind da die üblichen Verdächtigen: Rüstungskonzerne und Hersteller erhalten die Aufträge zur Produktion und Lieferung ihrer Waffensysteme. Rheinmetall (Panther, Kanonen) konnte seine Umsätze seit dem Vorkriegsjahr 2021 beinahe auf zehn Milliarden Euro verdoppeln. Rekordumsätze gab es

² Dankend übernommen aus: Rotmail Sonneberg, Nr. 233, Juni/Juli 2026)

auch bei den ganz Großen wie Lockheed Martin (F-35, Black Hawk, HI-MARS): Innerhalb von fünf Jahren ein Umsatzplus von immerhin rund 20 Prozent und ein Kursanstieg der Aktie um 100 Prozent.

In der Folge bekommen auch die Zulieferer ein großes Stück vom Kuchen ab. So erleben die Spezialanbieter von Radartechnik (Hensoldt), Getrieben (Renk), Elektronik und Munition (Diehl Defence) einen Nachfrageboom, weil deren Produkte in Panzern und Jets verbaut werden. Die größten Anteilseigner der Aktiengesellschaften sind meist Banken und Investmentfonds. Bei Rheinmetall sind das BlackRock, UBS, Fidelity, Morgan Stanley, Bank of America oder Goldman Sachs. Bei Lockheed Martin sieht es ähnlich aus. BlackRock oder Morgan Stanley bündeln und verwalten auch hier Aktien, ETFs sowie Pensions- oder Rentenfonds von Kleinanlegern, Unternehmen und Staaten.“

Als ich das am 20. Juni in der OAZ las, erinnerte ich mich an Bertolt Brechts *„Furcht und Elend des Dritten Reiches“*. Darin geht es darum, dass ein Arbeitsloser plötzlich Arbeit in einem Rüstungsbetrieb findet. Die Szene trägt den Titel „Arbeitsbeschaffung“. Der Mann erzählt seiner Frau stolz davon, bis sich im Gespräch herausstellt, worin die Arbeit besteht – nämlich in der Herstellung von Munition. Die Pointe liegt gerade in der erschreckenden Normalisierung der Kriegsproduktion. Auf die Freude über die neue Arbeitsstelle folgt unmittelbar die ernüchternde Erkenntnis, dass die „Arbeitsbeschaffung“ in Wahrheit Teil der Kriegsvorbereitungen ist. Im weiteren Verlauf wird zudem deutlich, dass der Schwager im Krieg ums Leben gekommen ist – wodurch die Verbindung zwischen deutscher Rüstungsproduktion und dem Krieg noch schärfer hervorgehoben wird. Die Szene „Arbeitsbeschaffung“ gehört zum Kernbestand des 1937/38 entstandenen Stücks und entstand somit noch vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs. Gerade deshalb gilt sie als bemerkenswert, weil Brecht bereits zu diesem Zeitpunkt die Aufrüstung und ihre Folgen voraussah.

Das Ergebnis kennen wir: Nach heutigen Schätzungen kamen im Zweiten Weltkrieg (1939–1945) insgesamt etwa 70 bis 85 Millionen Menschen ums Leben. Das entspricht ungefähr drei bis vier Prozent der damaligen Weltbevölkerung. Davon starben allein in der Sowjetunion rund 27 Millionen Menschen.

